

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark voraus zahlbar.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Koll und Zeit“ mit „Gebäude und Reinsachen“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wochentlich zweimal.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Mittwoch, den 8. April 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Hindenburg lehnt abends ab...

aber um Mitternacht überlegt er wieder.

Heute soll die endgültige Entscheidung des Voebell-Ausschusses fallen. Die Chancen liegen am günstigsten für Jarres.

Die Berichte, die von den beteiligten Parteien ausgegeben worden sind, sprechen deutlicher als jeder Kommentar vermöchte.

Vormittag: Deutschnationale für Hindenburg.

Die Deutschnationale Pressestelle teilt mit: In einer gemeinsamen Beratung beschloßen der Parteivorstand und die Landesverbandsvorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei.

Bayerische Volkspartei für Hindenburg oder Stimmspreizgabe.

Die Telegraphenunion meldet: Der Landesauschuss der Bayerischen Volkspartei nahm heute in einer mehrstündigen Sitzung, der auch zahlreiche Reichstags- und Landtagsabgeordnete der Partei beiwohnten, zur Frage der Reichspräsidentenwahl im zweiten Wahlgang endgültig Stellung.

Mittag: Verhandlungen, Hindenburg lehnt ab.

Nach dem Beschluß der Deutschnationalen für Hindenburg begab sich eine Abordnung der Deutschnationalen zu den Vertretern der Deutschen Volkspartei.

Inzwischen aber wurde bekannt, daß Hindenburg in einem Schreiben an den Reichsblock die Uebernahme der Kandidatur endgültig abgelehnt habe.

Abend: die Deutschnationalen halten an Hindenburg fest, Tirpitz fährt nach Hannover.

Das Nachrichtenbureau der DdZ. teilt mit: Die Sitzung des Parteivorstandes der Deutschnationalen Volks-

partei mit den Vorsitzenden der Landesverbände am heutigen Nachmittag war nur von kurzer Dauer. Nachdem nahezu einstimmig beschlossen worden war, für eine Kandidatur Hindenburg einzutreten, wurde bekannt, daß Hindenburg in einem Telegramm an den Reichsblock die Kandidatur zur Reichspräsidentenwahl abgelehnt habe.

Heute Sitzung des Voebell-Ausschusses.

Heute morgen beginnt die Sitzung des Voebell-Ausschusses, um endgültig den Kandidaten des Rechtsblocks zu nominieren. Herr v. Voebell läßt dementieren, daß er Rücktrittsabsichten habe, es sei ja alles einig.

Heute um 10 Uhr beginnen die Beratungen des Voebell-Ausschusses. Die Herren werden sich wohl sehr frohlig begrüßen.

Mitternacht:

Hindenburg überlegt schon wieder...

Hannover, 7. April. (M.) Nachdem heute abend Großadmiral v. Tirpitz mit Generalfeldmarschall v. Hindenburg eine Besprechung hatte, kann festgestellt werden, daß allen anwesenden Mitteilungen entgegen von Hindenburg sich noch volle Entschiedenheit in der Frage der Annahme oder Ablehnung der Kandidatur vorbehalten hat.

Um Mitternacht teilt der Reichsblock mit: Verschiedene Korrespondenzbureaus verbreiten die Mitteilung, daß Hindenburg eine ihm vom Reichsblock angebotene Kandidatur bereits abgelehnt habe.

Dem Reichsblock ist davon nichts bekannt. Es ist ihm noch keine offizielle Mitteilung einer Ablehnung von Generalfeldmarschall von Hindenburg zugegangen.

Dem Reichsblock ist jedoch ein Telegramm aus Hannover zugegangen, daß Hindenburg sich seine Entscheidung bis Mittwoch vorbehalten habe, um im vollen Einverständnis mit dem Reichsblock über eine Entscheidung über die Kandidatur zu treffen.

Wird nun heute morgen pünktlich um 10 Uhr der Voebell-Ausschuss die klare Situation haben, aus der der Kandidat des Rechtsblocks hervorgehen wird?

Oder wie lange wird die Komödie noch fortgesetzt?

Das belgische Wahlergebnis.

Brüssel, 7. April. (M.B.) Nach den letzten Meldungen ist die parlamentarische Lage in der neugewählten Kammer folgende: Katholiken 78, Sozialisten 77, Liberale 24, Frontpartei 5, Kommunisten 2, Dänenpartei 1, insgesamt 187.

Rasche Arbeit in Frankreich.

Die Sanierungsvorlage schon im Ausschuss.

Paris, 7. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Reaktion, die für Dienstag den Ausbruch einer Kabinettkrise mit Sicherheit erwartet hatte, sieht sich in ihrer Hoffnung aufs neue enttäuscht.

Die Sanierungsvorläge des Finanzministers de Monzie zur Sanierung haben Dienstag vormittag die volle Zustimmung des Ministerrats gefunden, sind am Nachmittag in der Kammer eingebracht und gemäß einstimmigem Beschluß der Kartellparteien ohne Debatte dem Finanzausschuss überwiesen worden.

Der Gesetzentwurf

enthält fünf Artikel. Der erste erhöht den Notenumlauf der Bank von Frankreich von 41 auf 45 Milliarden und zu gleicher Zeit die von der Bank dem Staat zu gewährenden Vorschüsse von 22 auf 26 Milliarden.

Konfolidierungsanleihe.

die in Form von dreiprozentigen Renten zu pari ausgegeben werden soll. Zeichnungshöhe und Zahlungsweise bleiben in das Belieben des einzelnen gestellt. Artikel 3 bestimmt jedoch, daß jeder zur besonderen Einkommensteuer aus Kapitalbesitz veranlagte Steuerpflichtige, der nicht mindestens 10 Proz. seines tatsächlichen Vermögens gezeichnet hat, einer besonderen Abgabe in Höhe der Differenz zwischen dem von ihm gezeichneten Betrag und dem zehnten Teil seines Vermögens unterworfen werden soll.

Der Finanzausschuss der Kammer ist bereits am Dienstag nachmittag zusammengetreten. Ministerpräsident Herriot und Finanzminister de Monzie waren anwesend, um die erforderlichen Klärungen zu geben.

Herriot hat im Ausschuss die Teilung des Regierungsgesetzentwurfes, die von der Opposition beantragt wurde, abgelehnt und erklärt, daß er hierüber die Vertrauensfrage stelle.

Rücktritt des Unterrichtsministers?

Paris, 7. April. (M.B.) Im Senat hat heute nachmittag bei der Beratung des Budgets des Unterrichtsministeriums ein Senator die Angelegenheit des Professors Scelle zur Sprache gebracht und als Ausdruck der Mißbilligung der Haltung des Unterrichtsministers Albert eine Kürzung seines Gehalts um 100 Frank beantragt.

Tragödie eines Industriereviers.

Ein verfluchtes Häuergeschlecht.

Gerhardt Hauptmann hat seinerzeit in seinem Schauspiel „Die Weber“ der Welt ein Bild des Elends aus Schlesiens Bergen vorgeführt, das auf die gesamte Mitwelt einen ungeheuren Eindruck ausübte.

Die Gründe hierfür sind kurz folgende:

Der niederschlesische Steinkohlenbergbau hatte von je her mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen. Die schlechten Verhältnisse sind zum Teil in den geologischen Verhältnissen des Reviers begründet. Die Flözlagerungen sind im allgemeinen unregelmäßig.

An Gefahrenquellen ist der niederschlesische Steinkohlenbergbau reicher als alle anderen Reviere. Es treten nicht nur Schlag- und Brandwetter auf, auch die Kohlenäure, welche im übrigen deutschen Bergbau kaum bekannt ist, breitet sich mehr und mehr auf das ganze Revier aus.

Seit der Stabilisierung der Mark macht das niederschlesische Steinkohlenrevier eine ununterbrochene Wirtschaftskrise durch, wie sie es in der Vorkriegszeit nicht erlebt hat.

In der Vorkriegszeit hatte das niederschlesische Revier ein Hauptabgabebiet in dem damaligen Deutschösterreich. Ungefähr 40 Proz. seiner Kohle und seine Koksprodukte ging über die Grenze nach der heutigen Tschechoslowakei.

Die Löhne sind im niederschlesischen Revier vollständig unzureichend. Während alle Reviere im Jahre 1924 einigermaßen die Teuerung ausgleichen konnten, ist dies den Bergarbeitern Niederschlesiens nicht möglich gewesen.

Der Tariflohn der Gedingearbeiter des Ruhrreviers (Leistungslohn) beträgt 7,06 M. Der tarifliche Gedingehauerdurchschnittslohn Niederschlesiens 3,84 M. oder 55 Proz. des

Ein Aufruf der Demokratischen Partei.

Zur Wahl, den Kandidaten des Volksblocks.

Die Demokratische Partei veröffentlicht zur Präsidentenwahl einen Aufruf an ihre Wähler, in dem es nach Dankesworten an den Staatspräsidenten Heppach heißt:

Wir waren und sind der Meinung, daß an der höchsten Stelle des Reiches ein Mann stehen muß, der die Erhaltung und Fortbildung der heutigen Staatsform und der Weimarer Reichsverfassung ernsthaft will. Der Reichspräsident darf kein Klassenvertreter sein. Er darf nicht der vorgeschobene Vertreter von Absichten sein, die auf eine Rückwärtsentwicklung der demokratischen Republik, auf eine Ausschaltung des Geistes des neuen Staates hinarbeiten. Der Reichspräsident muß ein Mann sein, der das deutsche Volk aus dem schwersten und dünnsten Wege der Wiedergewinnung der früheren Freiheit und Gleichberechtigung ruhig und entschlossen weiterführt. Er muß auch in den noch kommenden außerpolitischen Schwierigkeiten eine klare Führung haben und darf nicht abhängig sein von zwar gut nationalen, aber politisch unreifen Verbänden, die mehr Temperament als Verstand haben.

Der gemeinsame Kandidat, Reichkanzler a. D. Wilhelm Marx, entspricht in vollem Umfange den oben dargelegten Eigenschaften, die ein Reichspräsident in den kommenden Jahren entwickeln muß. Marx hat seinerzeit als Reichkanzler gezeigt, daß er den Weg zu einer neuen deutschen Zukunft klar erkennt. Er hat sich im Inlande und im Auslande das Vertrauen und die Autorität erworben, die zum Wiederaufstieg des Reiches und der Wirtschaft unerlässlich sind.

Weiter legt der Aufruf ausführlich auseinander, weshalb die Demokratische Partei Bedenken kulturpolitischer Art als unbegründet zurückweist. Der Aufruf schließt mit den Worten: „So fordern wir unsere Anhänger auf, ehrlich und offen für den Kandidaten des Volksblocks, Herrn Reichkanzler a. D. Marx, zu arbeiten. Seine Wahl sichert den neuen Staat, sichert die allmähliche Wiedergewinnung der deutschen Freiheit nach außen, sichert den Wiederaufbau einer leistungsfähigen Wirtschaft, die das Volk ernähren und ihm den gerechten Anteil an den Lebensgütern verschaffen kann, auf den es nach seinen Leistungen mit Recht Anspruch erhebt.“

Organisationsausfluß des Volksblocks.

Die Leitung des Volksblocks teilt mit:

Zur Erleichterung der Organisationsarbeiten hat der Volksblock, der gemeinsame Träger der Kandidatur Marx, einen Ausschuß von sechs Personen eingesetzt, der seine Geschäftsräume im Reichstag hat.

Alle für den Volksblock bestimmten Zuschriften sind zu richten an: Volksblock, Reichstag, Berlin (Zimmer 14).

Für Geldsendungen ist ein besonderes Postcheckkonto eingerichtet, dessen Nummer in den nächsten Tagen mitgeteilt wird.

Deutschnationale Korruptionsaffären.

Ein Landtagsabgeordneter über Bord.

Heidelberg, 7. April. (WZ.) Die das „Heidelberger Tageblatt“ hört, hat der deutschnationale badische Landtagsabgeordnete Mager, der im Sagenstichprozess wegen Begünstigung zu 500 M. Geldstrafe verurteilt wurde, auf Anraten seiner Fraktionsfreunde sein Landtagsmandat niedergelegt.

Kottbus, 7. April. (WZ.) In einem Teil der Presse ist kürzlich gemeldet worden, daß gegen die Rittergutsbesitzer v. Ragemer-Kottbus, v. Heintz und Direktor Bollmer Korruptionsschuldungen wegen Betruges, Unterschlagung bzw. Untreue und wegen Konfuzsvergehens eröffnet worden sei. Die nun hiesige Blätter mitteilen, hat der Generalstaatsanwalt beim Landgericht I Berlin auf Grund der angestellten Ermittlungen das Verfahren gegen sämtliche Beschuldigten mangels jeglichen Beweises eingestellt.

Keine Erhöhung der Salzsteuer.

Ein Regierungsdementi.

Immer wieder auftauchenden Gerüchten gegenüber wird von amtlicher Stelle darauf hingewiesen, daß die Reichsregierung nicht beabsichtigt, andere Verbrauchsabgaben als die Bier- und Tabaksteuer zu erhöhen. Zwar werden andere Verbrauchsabgaben wie zum Beispiel die Salzsteuer, einer technischen Umarbeitung unterzogen werden müssen, durch die eine gewisse Umstellung in den Sätzen bedingt ist. Es ist aber selbstverständlich keine Rede davon, daß hierbei die Salzsteuer, wie die Gerüchte behaupten, auf 8 oder gar 10 M. erhöht werden würde.

Kommunistenprozesse.

München, 7. April. (WZ.) Im Schiffbeker Kommunistenprozess wurde heute nachmittags gegen weitere 37 Angeklagte das Urteil gefällt. Von diesen wurden zwei freigesprochen, die übrigen zu Festungshaft von 1 Jahr 3 Monaten bis zu 3 Jahren 3 Monaten verurteilt. Außerdem wurden Geldstrafen in Höhe von 200 bis 500 M. verhängt. Am 20. d. M. beginnt die Verhandlung gegen die dritte Reihe der Angeklagten.

Delitzsch, 7. April. (WZ.) Vor dem Süddeutschen Senat des Reichsgerichts hatte sich der Vater Eugen Wurstener an Staatsanwalt wegen Hochverrats zu verantworten. Im Jahre 1924 hatte der Angeklagte in Konstanz und Umgebung als Unterlassener der KPD, Flugblätter verbreitet, die zum Hochverrat und bewaffneten Widerstand aufforderten. Das Gericht verurteilte Wurstener zu einem Jahr Gefängnis.

Rumänien erwartet deutsche Vorschläge.

Die Reparationskommission erklärt sich unzuständig.

Bukarest, 7. April. (Eigener Drahtbericht.) Der Versuch der rumänischen Regierung, die rumänisch-deutschen Differenzen über die Entschädigung rumänischer Kriegsverluste durch die Reparationskommission regeln zu lassen ist gescheitert. Die Reparationskommission hat erklärt, daß sie dafür nicht zuständig sei. Rumänien hat infolgedessen Berlin wissen lassen, daß es von Deutschland jetzt direkte Vorschläge erwarte.

Die Unzuständigkeitsklärung der Reparationskommission hat ihren Grund darin, daß die Forderungen Rumäniens — hauptsächlich Einfuhr der unter dem Besatzungsdruck herausgegebenen Kriegs-Devisen der rumänischen Notenbank — tatsächlich und eingestandenemmaßen außerhalb der Versailles-Friedensbestimmungen liegen; sie sind somit der Zuständigkeit der Reparationskommission entzogen.

Wahlen in Nordirland.

London, 7. April. (Frankf. Ztg.) Die Wahl zum nordirischen Parlament ergab für die Unionistische Partei eine große Enttäuschung. Die Regierungspartei (Unionisten) ging von 40 auf 22 zurück, während die Schourpartei und die Nationalisten entsprechend zunahm. In Belfast, wo die Regierung sechs Sitze verlor, gewann die Labourpartei drei. Die Stimmenverluste der Regierung, die jedoch noch über eine genügend starke Mehrheit verfügt, erklären sich aus internen Vorgängen und haben mit der Haltung der Regierung in der Grenzfrage nichts zu tun.

Der deutsch-britische Handel.

Churchills Begründungsrede für die Abänderung der 26% Abgabe.

London, 7. April. (WZ.) Das Unterhaus nahm den Antrag Churchills auf Inkraftsetzung des englisch-deutschen Abkommens über die Erhebung der 26prozentigen Reparationsabgabe einstimmig an. Das Oberhaus nahm den Antrag ohne Debatte an.

London, 7. April. (WZ.) Churchill führte u. a. aus, die Reparationseinzugsstelle sei das hauptsächlichste und so gut wie einzig wirksame Mittel, das bis jetzt gefunden sei, um Großbritannien seinen Anteil an den deutschen Reparationszahlungen zu sichern; sie habe einen zunehmenden Strom von Reparationszahlungen bewirkt, die den roten weißen Zahlungen der britischen Schuld an Amerika gegenübergestellt werden könnten. Jeglicher Vorschlag, eine andere Methode an die Stelle dieses zweckmäßigen Verfahrens zu setzen, müsse vom Unterhaus sehr sorgfältig geprüft werden und sei auch von der Regierung sehr genau erogen worden.

Nach Darlegung der bisherigen Wirkung dieser Methode erklärte Churchill, wenn man von der Zeit der Ruhrbesetzung absehe, wo die deutsche Regierung sich zeitweilig außerstande erklärte, den deutschen Ausfuhrhandel zu entschädigen, habe die Wirt sehr befriedigend gearbeitet. Ueber 25 Millionen Pfund habe sie eingebracht, und zwar in der Hauptsache Sachleistung. Von der Reparationskommission sind diese stets als Sachleistung und nicht als Barzahlung behandelt worden. Die 26 Proz. seien eine Form von Reparationsleistungen, die nicht mit „eingeführten Gütern“ bezeichnet werden könne, sondern sich in natürlicher Weise aus dem normalen Ausstrom deutscher Güter nach England ergebe, die der britische Handel zu absorbieren suche; sie sei also

eine Reparationsleistung infolge eines natürlichen und nicht künstlichen Prozesses.

Es sei hochwichtig, daß, wenn England deutsche Reparationszahlungen zu erlangen suche, jedes denkbare Verfahren benutzt werden müßte, um Sachleistungen in größtmöglicher Höhe zu erhalten. Es bestehe kein Zweifel über die Fähigkeit Deutschlands, seine Zahlungen in Reichsmark bis zur vollen Höhe (up to full scale) und zu den Zeitpunkten zu machen, wie sie der Dawes-Ausschuß festgelegt habe. Er selbst glaube, daß sehr wenig Grund bestehe, an Deutschlands Zahlungswilligkeit zu zweifeln. Die Schwierigkeit liege nicht in der Einfammlung von Reparationszahlungen in Reichsmark innerhalb Deutschlands, sondern in der Einfammlung von Zahlungen über die Grenzen hinweg in der Währung der verschiedenen Staaten, für die sie bestimmt seien. Dies sei gegenwärtig in der Hauptsache

der einschränkende Faktor bei der Erstattung von Reparationen

durch Deutschland gemäß dem Dawes-Plan. Die Barzahlungen müßten daher durch Sachleistungen ersetzt werden. Diese brächten jedoch viele Schwierigkeiten mit sich durch ihre Rückwirkung auf die Industrien des Empfängerlandes. Deshalb könne England z. B. nicht wie Italien und Frankreich Reparationsleistungen in Form von Kohlenlieferungen annehmen. England absorbieren im gewöhnlichen Handel deutsche Produkte in viel geringerem Umfange als zur Vorkriegszeit. Ihr Nach sei aber immer noch beträchtlich, und die Reparationseinzugsstelle ermögliche England, einen Teil des Wertes dieser Einfuhr für Reparationszwecke einzuziehen. Bei Amtübernahme sei der neuen Regierung der Entwurf eines Handelsvertrags zwischen Deutschland und Großbritannien vorgelegt worden, über den der britische Botschafter in Berlin geschickt und behutsam verhandelt habe. In diesem Handelsvertrag habe zum erstenmal ein fremdes Land den Nutzen, den es aus dem britischen Freihandelsystem ziehe, anerkannt; die Regierung erhoffe davon die Wiederbelebung des deutsch-englischen Handels. Die Inkraftsetzung des Vertrags habe sich verzögert. Die britische Regierung war bereit, den Vertrag zu unterzeichnen, die deutsche Regierung aber habe an ihre Unterchrift die Bedingung zu knüpfen versucht, daß die Reparationseinzugsstelle aufgegeben werde. Sie habe verschiedene Vorschläge für ein anderes Verfahren gemacht und betont, daß sie an sich zur Zahlung von Summen in gleicher Höhe bereit sei. Bei den folgenden Erörterungen habe die britische Regierung die Vorteile der Reparationseinzugsstelle hervorgehoben und behauptet, daß sie an sich zur Zahlung von Summen in gleicher Höhe bereit sei. Bei den folgenden Erörterungen

ungen habe die britische Regierung den Standpunkt vertreten, daß sie die selben Vorteile für das britische Schachamt nicht abgeben und einen anderen Verfahren nur zustimmen könne, wenn sie überzeugt sei, daß es einen Nachteil nicht mit sich bringe. Andererseits sei sie bereit gewesen, einem Verfahren, das Deutschland und Großbritannien in gleicher Weise genehmigt sei, zuzustimmen und ihren Einfluß dahin aufzubieten, um einmütige Zustimmung der Reparationskommission oder einer anderen Seite sich ergebende Schwierigkeiten zu regeln. Die dem Unterhaus unterbreitete Vorlage

das Ergebnis viermonatiger, mühsamer und sorgfältiger Verhandlungen, während deren man stets den Bestand des Generalagenten für die Reparationen gebüht habe.

Die britische Regierung selbst habe eine Änderung des Verfahrens für wünschenswert gehalten. Nach dem Dawes-Plan sollte die Entschädigung der deutschen Exporteure nicht durch die deutsche Regierung, sondern aus den Dawes-Konventionen vorgenommen werden. Hieraus hätte England nur 22 Proz. beanspruchen können.

Als sich der Handel zwischen Deutschland und Großbritannien allmählich belebte, habe die Regierung zu dieser Reparationsabgabe zugenommen; letztlich habe sie sogar eine Summe ergeben, die den britischen Anteil an den deutschen Reparationsleistungen überstieg. Der Transfertausch habe die britische Regierung auf die Tatsache dieses möglichen Ueberschusses über den englischen Anteil hinaus hingewiesen. Hätte diese Steigerung der Einnahme angehalten, so hätte England entweder den Prozentsatz auf 26 Proz. vermindern müssen, oder „wir wären nicht länger in der Lage gewesen, das gute Beispiel für strikte und pünktliche Erfüllung jeder internationalen Vereinbarung, an der wir beteiligt sind, zu geben, wie wir es bisher gegeben haben“; für den britischen Handel wäre es sehr unangenehm gewesen, wenn der Prozentsatz ständig geändert worden wäre, um die Abgabe dem britischen Anteil anzupassen. So habe die Regierung Großbritanniens zugenommen, eine neue Vereinbarung zu treffen, um einerseits den vernünftigen Wünschen der deutschen Regierung entgegenzukommen und andererseits aus internationalen und interalliierten Interessen. Churchill beschrieb den neuen Plan, erwähnte dann die

Bezeichnung, daß die deutsche Regierung vorläufiger einen Reservefonds von 500 000 Pfund Sterling errichten werde.

der immer auf der gleichen Höhe gehalten werden solle und der der britischen Regierung Sicherheit biete, für den Fall der Nichtzahlung der Einnahmen durch die deutschen Exporteure an die Reichsbank. Deshalb glaube er, es sei durchaus recht und billig, daß Großbritannien den vollen Gegenwert in Pfund aus der 26prozentigen Reparationsabgabe erhalte, soweit dies mit der Höhe des britischen Anteils an den Gesamt-Reparationsleistungen vereinbar sei. Aber, während es seinen Anteil erhalte — und er glaube, mit guter und genügender Garantie — werde das Geld nach dem neuen Verfahren im regelmäßigen Geschäftverkehr ohne Eingreifen der britischen Zollbehörden eingesammelt, bei holländischer großer Beteiligung und Lizenzierung von Rechnungen. Sollte sich dies neue Verfahren in der Praxis nicht bewähren, so seien mit Deutschland freundschaftliche Beziehungen vereinbart. Sollten auch diese die Lage unzureichend lassen, so erhalte England schließlich die Befugnis, alle seine Rechte aus der Wirt wieder in Kraft zu setzen, denn

es handele sich nicht um Vandalismus, sondern nur um Sicherung der Wirt.

Churchill schloß, die britischen Unterhändler verdienten Anerkennung für ihre Entschlossenheit und Beharrlichkeit bei den Verhandlungen. Der gleiche Geist der Ehrlichkeit und des guten Willens habe sich auch bei den deutschen Unterhändlern gezeigt. Die britische Regierung sei überzeugt, daß die deutsche Regierung mit ihr bei der Ausführung des neuen Systems loyal zusammenarbeiten werde. Die Resolution sei zwar nur ein Hinweis, aber doch ein Schritt vorwärts auf dem Wege zur Bekleidung und Wiederherstellung Europas, den das Land ohne Unterschied der Partei betreiben habe und auf dem die Regierung fortzuschreiten eifrig entschlossen sei. Churchills Rede wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Wiener Arbeitslosenelend.

Zusammenstöße in Wien.

Wien, 7. April. (WZ.) Heute vormittag fand auf dem Ring eine Kundgebung der Arbeitslosen statt, die für alle Arbeitslosen Unterstützung forderte. Die Demonstranten zogen in geschlossenen Reihen mit Fahnen und Inskriptoren durch die Straßen. Vor dem Rathaus wurden Reden gehalten, die scharfe Angriffe gegen die Regierung enthielten. Schließlich wurden die Forderungen in einer Resolution zusammengefaßt und dem Minister für öffentliche Angelegenheiten, Dr. Kersch, und dem Vizekanzler Dr. Waber zugestellt. Während die Kundgebung im allgemeinen ruhig verlief, kam es nach ihrem Abschluß zu wilden Szenen. Die Polizei hatte das Parlament und die Zugänge zur inneren Stadt abgesperrt. Als eine Gruppe der Arbeitslosen in die Nähe des Burgtorplatzes kam, wurde die dort stationierte Wache mit Steinen beworfen. Die Polizei zog die Säbel und ging gegen die Demonstranten vor. Es gab zahlreiche Verletzte. Etwa zehn Verhaftungen wurden vorgenommen. Vor dem Parlament sammelten sich Demonstranten und brachen in Schreie gegen die Regierung aus. Als die Aufforderung zum Auseinandergehen nicht beachtet wurde und Steine und Holzstücke auf die Wache gemworfen wurden, ging die Polizei mit blankem Säbel vor und verdrängte die Arbeitslosen. Die Gestärksten schloßen die Türen. In einem Kaffeehaus wurden die Scheiben eingeworfen. Nur mit Mühe gelang es gegen zwei Uhr mittags, die Demonstranten abzubringen. Es kam noch zu einigen kleineren Zusammenstößen und einigen Verhaftungen.

Deutscherreichliche Arbeiter nach Frankreich?

Die Wirtschaftskrise in Deutschösterreich, verschärft durch den nicht zu hohen Gehalts und die Weigerung der Weimarer Bank von England, zu helfen, hat die Wiener Arbeiterkammer veranlaßt, mit dem französischen Arbeitsminister Verhandlungen zur Verbesserung der Auswanderungsbedingungen nach Frankreich einzuleiten. In der Vormoche hatte der Sekretär der Arbeiterkammer, Gen. Dr. Roger in Paris mit dem französischen Arbeitsminister Gobart und den zuständigen Beamten mehrere Besprechungen, die zu einem guten Ergebnis führten. Die Franzosen haben sich dabei sehr entgegenkommend und als ausgezehrt unterrichtet erwiesen. Sie haben erklärt, daß sie die Einwanderung aus Deutschösterreich gerne sehen, weil sie die guten Eigenschaften dieser Arbeiter schätzen.

Es wurde ein Normalarbeitsvertrag festgelegt, und man ist bereit ein französisches Internatsystem auf Grund dieses Vertrags, dessen allgemeine Bestimmungen günstiger sind als die bisher waren, einen österreichischen Arbeiter verpflichtet, so werden die französischen Behörden die Einwanderung ohne weiteres gestatten. Voran dürfen österreichische Arbeiter für Frankreich nur von Frankreich kommen werden.

Frankreich braucht Leute, nicht nur zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete, sondern auch im Osten des Landes, in den Berg- und Hüttenwerken, in den Industriebezirken des Westens und auch für seine Flotte. Man rechnet damit, daß vielleicht 10.000 bis

15.000 Österreicher in Frankreich Beschäftigung finden können. Deutschösterreich hat über 200.000 Arbeitslose, die nicht fähig unterstellt werden, da der Hungerzustand zu groß ist, man kann nicht mehr nicht gehalten. In Frankreich sind bereits an zwei Millionen neuen Ausländer beschäftigt.

Die Auswanderung kann natürlich nur ein letzter Notbehelf sein, und wenn sie unermesslich wird, dann bleibt den Betroffenen der Arbeitslosigkeit oder den Behörden nichts anderes übrig, als sich um möglichst günstige Bedingungen für die Auswanderer zu bemühen.

Caillaux Besitzer des „Devoire“.

Paris, 7. April. (WZ.) Aus einem Artikel des Herausgebers des „Devoire“, Gustave Lévy, ergibt sich, daß Caillaux die Redigier der Wirt dieser Zeitung erworben hat, und daß das „Devoire“ vom 1. Mai ab in seinen Besitz übergehen wird.

Die sozialistische Kammerfraktion hat beschlossen, in einem eigenen Antrag, den Jean Blum begründet wird, an Stelle der vorgeschlagenen Konfiskationsmaßnahme die ursprünglich in Aussicht genommene Vermögensabgabe zu fordern. Große Aussicht auf Annahme dieses Antrags besteht allerdings nicht. Im Falle der Ablehnung wird die sozialistische Fraktion für die Regierungsvorlage stimmen, nachdem sie im Entwurf erreicht hat, daß die anfangs geplante Verzinsung von 4 Proz. auf 3 Proz. herabgesetzt worden ist.

Polnischer Minderheitenschutz.

Arbeit für den Völkerverbund.

Warschau, 6. April. (WZ.) Die in Vorbereitung befindliche Reform der Wahlordnung für die Dorfgemeinden verzögert u. a. den Zweck, durch die Einführung eines Quorumsystems den Einfluß der ärmeren Bevölkerung sowie der nationalen Minderheiten einzuschränken. Die polnischen Antiparolen haben für die Opposition eine Protestaktion angeregt.

Warschau, 7. April. (WZ.) Die Generaldirektion hat eine Verordnung herausgegeben, der zufolge die Adressen von in Polen aufgegebenen Briefen ausschließlich in polnischer Sprache abgefaßt sein müssen. Eine Interpellation der deutschen Seemannsorganisation ist, daß diese Verordnung gegen die durch die polnische Verwaltung allen Staatsbürgern zuerkannte Gleichberechtigung verstoße. Es sei nicht möglich, die Benennung des Ortes in polnischer Sprache anzugeben. Eine Ungerechtigkeit aber wäre es, wenn Titel und Name des Adressaten polonisiert werden müßte. Die Interpellation fragt, ob der Minister bereit ist, die Verordnung abzuändern und Anordnungen zu treffen, daß darzulegende ungedruckte und erregende Verordnungen von der Postdirektion nicht mehr erlassen werden.

Das Deutsche Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose hält seine Jahresversammlung am 22. und 23. Mai in Berlin ab.

Der Tafelschmuck des Extronprinzen.

Deutschnational-kommunistischer Madan in der Stadtverordnetenversammlung.

Wieder hat gestern die Berliner Stadtverordnetenversammlung das Schauspiel, daß Deutschnationalen und Kommunisten um die Bette ihren Haß gegen die Sozialdemokratie ausstoben. Ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion wollte den silbernen Tafelschmuck, den einmal in den Zeiten der Monarchie die deutschen Städte dem kronprinzlichen Ehepaar zugedacht hatten, vor dem Zugriff des Extronprinzen retten. Der Extronprinz hat in bewunderungswürdiger Unbefangenheit, wie wenn das deutsche Volk und die Hohenzollern keinen 9. November erlebt hätten, seinen Anspruch auf den inzwischen fertig gewordenen Tafelschmuck geltend gemacht. Wutausbrüche der rechtsstehenden Parteien entsetzte gestern der sozialdemokratische Redner Genosse Dr. Weinberg, als er in seiner den Antrag begründenden Rede die Tollheit des kronprinzlichen Verlangens gebührend kennzeichnete. Aber die monarchistischen Schreier hatten nachher die Genugtuung, daß der kommunistische Redner mit einer Schimpfkanonade gegen die Sozialdemokratie ihnen zu Hilfe kam. Der von ihm vorgebrachten Bidsinn, daß die Debatte über den Antrag für die Preussensammlung agilitieren solle, brauchte man nur niedriger zu hängen. Reichspräsident Genosse Ebert erkrankte am 23. Februar und starb am 28. Februar, jener Antrag aber wurde bereits am 19. Februar eingereicht. Daß erst jetzt über ihn verhandelt werden konnte, erklärt sich aus der bekannten Ueberleitung der Stadtverordnetenversammlung mit Vorlagen und Anträgen. Der Kommunist leistete sich auch eine abfällige Bemerkung über Eberts Bestattung, zum Behagen der befallig zustimmenden Rechten. Unser Genosse Reimann nagelte das fest. Die Abstimmung über den Antrag wurde verschoben.

Die gestrige, gegen 17 Uhr vom Vorsteher Genossen Haß eröffnete Sitzung der Stadtverordneten beschäftigte sich zuerst mit einer Anfrage der Deutschnationalen vom 17. März, worin Beschwerde darüber geführt wird, daß das

Bezirksamt Treptow

im Gemeindefall die Zuschläge auf die Tariflöhne der Arbeitnehmer für die Unternehmerrgewinne und Verdienst öffentlich im Submissionsverfahren ausgeschrieben hat und worin gefragt wird, was der Magistrat zu tun gedenkt, um solche, die Existenz des Handwerks und weiter Kreise des Mittelstandes an der Wurzel bedrohenden Einrichtungen zu unterbinden. Aus der Erörterung, die sich an die Begründung der Anfrage durch Bäh (Dnat.) und ihre Beantwortung durch den Genossen Stadtrat Brühl schloß und an der sich noch Preßling (Komm.) Schwarz (D. Sp.), Genosse Stadtrat Wukly und der Demokrat Weber beteiligten, ergab sich, daß es sich nicht um ein einseitiges Vorgehen des Bezirksamts Treptow gehandelt hat, daß vielmehr Treptow auf Grund einer seit April 1923 bestehenden Magistratsverfügung die Ausschreibung vorgenommen hat. Diese Verfügung ist ihrerseits durch die Ausnahmestände veranlaßt worden, die die Inflation herporrief, und hat gegenwärtig ihre Existenzberechtigung verloren. Der Magistrat ist denn auch durchaus bereit, diesen veränderten Umständen Rechnung zu tragen, und hat bereits mit den in Betracht kommenden Handwerks- und Gewerbeverbänden Verhandlungen angeknüpft, um eine Einigung über eine anderweitige Regelung herbeizuführen. Wenn diese Verhandlungen noch nicht weiter gediehen sind, so liegt das anscheinend in der Hauptsache daran, daß die betreffenden Organisationen dem Wunsch des Magistrats, ihrerseits mit Vorschlägen herporzutreten, bisher nicht oder noch nicht genügend nachgegeben sind.

Die Anfrage der Deutschen Volkspartei, ob der Magistrat Abhilfe schaffen wolle gegen den hohen Grundwasserstand in vielen Häusern von Niederschönhausen und ob er die gefährdeten Grundbesitzer entschädigen wolle, fand mit der Erklärung des Genossen Stadtrat Schünning, daß es sich hier überhaupt nicht um Grundwasser, sondern um Niederschlagswasser handele, die Stilllegung des Wasserwerks also nicht schuld sei, ihre Erledigung. Zum Neubau und zur

Ausschließung von Schulturnhallen

wurden 1,2 Millionen Mark bewilligt, auch der Magistrat aufgefordert, die Turnhallen mit Beginn des Wintersemesters benutzungsfähig herzustellen. Die Verlegung des Ambulatoriums für geschlechtskranke Prostituierte aus dem Obdach Irdbelstraße nach dem Polizeipräsidium wurde, nachdem sich auch der neue Stadtmedizinalrat Professor v. Drigalski dafür verwendet hatte, mit großer Mehrheit genehmigt. Bei der Vorlage wegen Ausbau des Hohenzollernplatzes in Wilmerdorf zu einem Oberzeugen erbrachte ein hiesiger Streit darüber, ob ein Antrag der Deutschnationalen, in dieser Anstalt gleichzeitig auch eine Frauenschule zu eröffnen, sofort anzunehmen oder zuvor von der Schuldeputation zu erörtern sei. Die Ueberweisung des Antrags an letztere, wofür sich auch Genosse Kreuziger aussprach, fand eine große Mehrheit; die Vorlage selbst wurde angenommen. Nach Erledigung einer großen Anzahl Vorlagen von minderer Bedeutung kam der Antrag der Kommunisten wegen Erhöhung der Unterstützungssätze für sämtliche Rentenempfänger zur zweiten Beratung. Der Haushaltsausschuß hat den Antrag abgelehnt, auch das von den Antragstellern selbst im Ausschuß eingebrachte Amendement, wonach die Stadt bis zur Regelung der Frage durch Staat und Reich die Renten bis auf die Höhe der Befoldungen in Gehaltsgruppe 2 bringen soll, zur Ablehnung empfohlen. Rintorf (Komm.) war der Meinung, daß die Antragsteller sich aufs äußerste in ihrer Forderung eingeschränkt hätten, und daß, wenn auch die nicht erfüllt werde, man die ganze kapitalistische Wirtschaft zum Teufel schicken müsse. — Genossin Frau Schmitz hielt ihm entgegen, daß man mit großen Worten und leeren Versprechungen den Rentenempfänger noch nie genügt habe. Die sozialdemokratische Fraktion habe sich stets mit aller Kraft bemüht und werde weiter bemüht sein, für diese Kreise das Irrendmögliche Erreichbare herauszuholen. Die letzte Zulage von 3 Mark sei in freilich schon allein durch die Mieterhöhung aufgetrieben worden. Der kommunistische Antrag sei aber unüberführbar. — Die Versammlung beschloß mit großer Mehrheit nach dem Ausschlußvorschlag. Hierauf begründete Genosse Dr. Weinberg den

folgenden, von der SPD-Fraktion am 17. Februar eingereichten Antrag:

„Nach Zeitungsberichten verläuft der Extronprinz die Herausgabe des auf Bestellung der preussischen Städte gefertigten in den Teufels der Reichsbank verwahrten kostbaren silbernen Tafelschmucks. Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, sich diesem Verlangen zu widersetzen und dafür besorgt zu sein, daß dieser Tafelschmuck in einer seinem hohen künstlerischen Wert entsprechenden Weise der Allgemeinheit durch Ausstellung in einem Museum zugänglich gemacht wird.“

Genosse Dr. Weinberg wurde schon beim Betreten der Rednertribüne von der Rechten mit wütem Lärm und Zurufen, wie „Jude!“, „Barmat!“ empfangen, und dieser Lärm hielt während seines ganzen Vortrages an, so daß der Vorsteher fast andauernd die Glocke schwingen mußte, um ihm Gehör zu verschaffen. Wieder tat sich bei dieser Zwischenpause Herr Koch besonders hervor. Genosse Dr. Weinberg sagte etwa folgendes: In alten Zeiten schrieb man Brautleuten aus, wenn ein Prinz oder eine Prinzessin heiratete; in Mecklenburg hat sich diese Sitte bis zur Revolution erhalten, und da die Gemahlin des Extronprinzen aus Mecklenburg stammt, ist es kein Wunder, daß auch er daran Geschmack fand. In ihrer Hundebumt haben die damaligen Oberbürgermeister der deutschen Städte auch eine solche Sitze ausgeführt.

die Steuerzahler hatten für die Kosten des silbernen Tafelschmucks aufzukommen.

Der aus 2500 Teilen besteht und hervorragenden Kunstwert besitzt. Das Schenkungsversprechen ist aber nur mündlich gegeben; verbindlich ist es nach dem BGB. nicht. Trotz dieser Rechtslage hat der Kronprinz dieses Geschenk schon früher einmal gegen gute Dollars verkauft wollen, und vor einigen Monaten ist wieder einer seiner Vertreter an den Deutschen Stadteitag mit dem Verlangen der Auslieferung herangetreten. Die Einsicht in die Akten des Stadteitages ist mir verweigert worden; sollte da etwas nicht in Ordnung sein?

Wir haben keine Veranlassung, den Hohenzollern noch neue Millionen nachzuwerfen.

namentlich nicht dem nassenden Herrn des wertvollen Thronlehens Dels. Hat man davon etwas gehört, daß, als die Tochter des Reichspräsidenten Ebert sich verheiratete, ihr solches Millionenangebot gemacht worden wäre? Und ist Ebert selbst nicht so arm aus dem Amte gegangen, wie er hineinkam? Die Hohenzollern aber haben ihre Millionen, die sie nach der Meinung großer Volksteile durch Raub und Ausplünderung zusammenbrachten, ins Ausland mitgenommen. Niemals sind einem wogelagerten Potentalen so viele Millionen nachgeworfen worden wie den Hohenzollern. Der Extronprinz hat seine Verpflichtung, sich auf deutschem Boden jeder politischen Rundgebung zu enthalten, nicht erfüllt, siehe sein Auftreten in der Jahrhunderthalle in Breslau! Es wäre ein Verbrechen an der Bevölkerung der preussischen Städte, wollte man dieses Verlangen erfüllen. Haben vielleicht die Hohenzollern ihre feierlichen Versprechungen erfüllt? (Pastor Koch wird wegen eines beleidigenden Zwischenrufes zur Ordnung gerufen.) Die Deutschnationalen haben ja schon vor längerer Zeit den Extronprinzen als Kandidaten für den Reichspräsidentenstuhl aufgestellt, vielleicht kann er den Stab, den ihm das Volk erteilen würde, als Tafelschmuck benutzen. Der Vorsteher teilte mit, daß der Oberbürgermeister habe fortgehen müssen und bitten lasse, die Verhandlung, der er in ihrem ganzen Verlauf beiwohnen möchte, zu verlassen. — Von den Demokraten wurde Ausschlußberatung beantragt. — Dr. Calpart (Dsp.) sah keinen Grund zur Vertagung. Die Vertagung wurde abgelehnt, worauf Venus, natürlich wieder unter den größten Ausfällen auf die Sozialdemokraten, dem Antrag unserer Genossen, den Tafelschmuck in einem Museum auszustellen, den Antrag der Kommunisten entgegenstellte, den Erlös den Kriegshinterbliebenen auszuführen. — Nachdem Buchholz (Dnat.) erklärt hatte, die Hohenzollern ständen seiner Fraktion viel zu hoch, als daß sie durch die Annahme Weinbergs getroffen würden, nahm Genosse Reimann noch Anlaß, Herrn Venus und seinen Antrag ins rechte Licht zu stellen. Für die Kriegsoffer seien die Sozialdemokraten diverse Millionen flüssig zu machen bereit; dazu bedürfte es aber nicht bloß der Worte, sondern auch der Mithilfe der Kommunisten. Erst wenn die Sozialdemokratie die kommunistische Parteiliquidität habe, werde der Aufstieg der Arbeiterklasse gesichert sein. Die Abstimmung wurde ausgesetzt und die öffentliche Sitzung um 19 Uhr geschlossen.

Großer Waldbrand bei Tegel.

40 Morgen Kiefernbestand vernichtet.

Ein Riesenbrand kam am Dienstag nachmittag in der fünften Stunde in Konradshöhe a. d. Havel, vermutlich durch Ausflügel, im dortigen Stadtbauerwald zum Ausbruch. Als die Gefahr bemerkt wurde, brannten schon in der Nähe der Habichtsstraße ausgebreitete Waldflächen. Die Feuerwehr wurde von sechs Seiten fast gleichzeitig dringend alarmiert. In kurzer Zeit waren viele der Berliner Wehren, besonders die Wehren aus Bitterau, Tegel, Tegeler, Spandau, Hennigsdorf zur Stelle. Auch der Oberbranddirektor Gemppe eilte sofort mit seinem Stabe nach der Brandstelle, wo die Flammen infolge eines starken Ostwindes rasend schnell um sich groriffen hatten. Weithin waren die Flammen sichtbar, die Rauchschwaden wälzten sich über Konradshöhe der Havel zu. Mehrere Anstiedlungen an der Habichtsstraße schwebten in großer Gefahr. Die Feuerwehren konnten natürlich mit Wasser nicht viel ausrichten, sie mußten sich darauf beschränken, mit Hilfe von Privatpersonen Gräben zu ziehen und die Flammen soweit man wegen der gewaltigen Hitze an sie herankommen konnte, mit Schaufeln auszuschlagen. Die Hitze war so groß, daß den Feuerwehrleuten die Uniformen an zu brennen fingen und die Wehrleute mehrere Brandwunden erlitten. Der Schaden noch nicht zu überschauen.

Der Brand im Tegel Forst ist der zweite binnen 24 Stunden. Der erste kam am Montag nachmittag zum Ausbruch, der zweite wurde am Dienstag nachmittag gegen 5 Uhr bemerkt und hat etwa 40 Morgen fünfjähriger Kiefernplantation vernichtet. Erst in später Abendstunde konnte die Wehr unter Zurücklassung von Brandwachen wieder abrücken.

Offen im Zoo. Am Karfreitag und den beiden Osterfeiertagen beträgt der Eintrittspreis zum Zoologischen Garten und zum Aquarium je M. 1.— für Erwachsene, für Kinder die Hälfte. Am 1. und 2. Osterfeiertag findet im Kaiserhof von 4—10 Uhr großes Konzert statt.

Anthony John.

Roman von Jerome K. Jerome.

„Ich werde es nicht können,“ jammerte Herr Letteridge. „Werde verheiratet sein, wahrscheinlich Kinder haben. Wir werden auf einen Monat an den Strand gehen und den Regermusikanten lauschen. Die Kinder werden das verlangen. Ich werde mein Bestes von Kindern umgeben sein und niemals Millsborough verlassen. Werde als hochgeehrter und geachteter Bürger von Millsborough sterben. Und weißt du, wie ich mein Leben geplant hatte? Ich wollte wie Oliver Goldsmith mit meiner Geige die Welt durchwandern, als Bagabund meinen Lebensunterhalt verdienen, in Dorfschenken oder unter den Sternen schlafen, den Reden und Erzählungen der Bauern lauschen, seltsame Typen zeichnen, am Wegrand sitzend Gebächte machen. Weißt du, Tony, ich glaube, ich hätte ein Dichter werden, einen Namen hinterlassen können.“

„Es bleiben dir die Abende,“ warf Anthony ein. „Die Schüler gehen doch um vier Uhr fort. Zwischen der Teezeit und dem Abendessen kannst du Gedichte schreiben.“

„An, die lockige Irene“, über „Coit und den Grashüpfer“, oder „Ode an die Faulheit“, nicht wahr. Was würden wohl die Eltern meiner Schüler dazu sagen? Außerdem fallen mir zwischen der Teezeit und dem Abendessen keine Gedichte ein; die kommen während der Kopfschmerzstunde. Ich sage sie fort, schlage hinter ihnen die Tür zu, und dann kommen sie nie wieder.“

Anthony machte ein bekümmertes Gesicht. Etwas in ihm ließ ihn Letteridges Klagen verstehen. Dieser lachte.

„Es ist alles in Ordnung.“ Er nahm die Photographie der Gymnasialprofessorsdiachter vom Kaminismus und küßte sie. „Ich werde das liebste kleine Mädchen der Welt heiraten,“ sagte er. „Und wir werden sehr glücklich sein. Wer weiß, vielleicht langt es auch einmal auf eine eigene Epigraque.“

Er stellte die neueste Photographie von Fräulein Seaton auf ihren Platz zurück. Das Mädchen sah weniger puppenhaft aus, als einst. Der Mund war energischer geworden, die Augen blickten nicht mehr stauend in die Welt. Die junge Dame machte einen tüchtigen, praktischen Eindruck.

Letteridge hatte Anthony die Wahl eines Hauses überlassen. Anthony suchte noch immer, als etwas Unerwartetes geschah. Das jüngere Fräulein Warmington starb nach kurzer Krankheit. Frau Plumberry hatte sie gepflegt und erklärte

sich auf Anthonys Bitte hin bereit, in Nummer 15. Bruton Square die Lage auszukundschaften. Das Haus hätte sich trefflich geeignet. Es enthielt zwei große, in den Garten ausgebaute Schulzimmer. Frau Plumberry war die geborene Diplomatin. Sie berichtete Anthony, daß Fräulein Warmington, die nun ganz allein auf der Welt war, etwas an Frau Plumberrys mütterlichem Busen geweint und ihr anvertraut habe, daß die Schule in der letzten Zeit äußerst schlecht gegangen sei und sie weder Geld noch den Mut habe, sie weiterzuführen. Frau Plumberry halte ihr geraten, sich der Mietsache so rasch wie möglich zu entledigen, damit sie nicht noch für Reparaturen zahlen müsse. Fräulein Warmington hatte erklärt, wie gerne sie dies täte, falls sich ein Käufer fände. Und Frau Plumberry hatte versprochen, nach einem Käufer Ausschau zu halten, doch dürfe sich Fräulein Warmington keinen oßzu großen Hoffnungen hingeben. So geschah es, daß Frau Strong'nih'arm und Anthony zum zweiten Male auf den Koffhaarschiffen des Wohnzimmers von Nummer 15. Bruton Square saßen. Diesmal jedoch lehnte sich Frau Strong'nih'arm zurück, und es war Fräulein Warmington, die beim Betreten des Zimmers die Hand ausstreckte. Frau Strong'nih'arm, die sich bereits vorher die Szene vorgestellt hatte, wollte eigentlich nun ihrerseits diese Hand nicht sehen. Aber die zweite Natur kam auch jetzt zur Geltung. Fräulein Warmington, obwohl alt und schwach, erschien dennoch imposant und Frau Strong'nih'arm machte einen Knicks und entschuldigte sich wegen der Belästigung.

Fräulein Warmington lächelte, da sie Anthonys Hand schüttelte. „Als ich Sie das letztmal sah, waren Sie ein kleiner Junge, der auf seinem Bein saß.“

„Und er weilerte sich, Ihre Schule zu besuchen, da Sie ihn aufforderten,“ warf Frau Strong'nih'arm ein. Sie war mit dem Einischluß gekommen, diese Worte zu sprechen.

Fräulein Warmington errötete. „Er hat weise gehandelt,“ erwiderte sie. „Ich hörte viel Gutes über ihn.“ Anthony schloß die Tür und rückte für Fräulein Warmington einen Stuhl zurecht. „Und ich sehe, daß er auch Manieren gelernt hat,“ sagte sie lächelnd hinzu.

Anthony lachte. „Ich war damals äußerst unhöflich,“ gestand er, „und es ist sehr gütig von Ihnen, mir zu verzeihen.“

Das Geschäftliche war, soweit es Fräulein Warmington anbetraf, rasch erledigt. Nachher freilich staunte sie, weshalb sie sofort, ohne Kampf, auf Anthonys Angebot eingegangen war. Sie hatte eine weit höhere Summe verlangen wollen.

Sie hatten die Fiktion aufrechterhalten, daß das Geschäftliche nur Frau Strong'nih'arm und Fräulein Warmington angehe; Anthony erklärte immer wieder, die Mutter sei zu diesem und jenem bereit. — die Mutter könne leider auf dies und jenes nicht eingehen. Frau Strong'nih'arm bestätigte die Worte des Sohnes durch ein Murmeln oder Kopfnicken.

Bei einer Tasse Tee wurden die Verträge abgeschlossen, die Frau Strong'nih'arm veranlaßten, alle Gedanken an die anderen ihr angebotenen Häuser aufzugeben. Sie verpflichtete sich, an Fräulein Warmington dreihundert Pfund zu zahlen, dafür die Mietsache mit allen Rechten und Pflichten, sowie einen großen Teil der Möbel, zu übernehmen.

„Vielleicht weißt du, woher das Geld kommen soll,“ sprach Frau Strong'nih'arm, als sich hinter ihnen die Tür schloß. „Wir ist es ein Rätsel.“

Anthony lachte. „Schon gut, Mutter, mache dir keine Sorgen.“

„Wenn man ihn reden hört!“ erklärte die Mutter dem dunkelnden Himmel. „Da spricht er von dreihundert Pfund, die am nächsten Dienstag gezahlt werden müssen, und lacht dazu! Ach, hätte der arme Vater doch deinen Kopf gehabt!“

Anthony aber erklärte der Tante, diesmal sei eine feste Garantie vorhanden und sie erhielte daher nur fünf Prozent. Sie versuchte sieben herauszuschlagen, aber weit mehr aus Prinzip, als aus Hoffnung auf Erfolg. Anthony lachte nur. Er hatte sich allmählich zum Geschäftsbestand der Tante aufgeschwungen; unter seiner Leitung hatten sich ihre Ersparnisse um ein beträchtliches vermehrt. Für Frau Rewt bedeutete eine erfolgreiche Spekulation die Gewißheit, daß Gott ihr wohlwolle; sie betrachtete den Resten schier mit Ehrfurcht, kannte er doch offensichtlich Gottes geheime Absichten. Anthony unterbreitete der Tante noch einen weiteren Vorschlag: die Hunde waren seit langem verkauft, der alte Eisenbahnwagen war verfallen, und auch die Hütte, in der die Tante lebte, drohte diesem Beispiel zu folgen; der Boden hingegen, worauf sie stand, hatte an Wert gewonnen. Die Tante riß die Augen auf, als er ihr den Preis nannte, der dafür zu erzielen wäre. Verkaufte sie die Hütte, so könnte sie mit ihnen in Bruton Square leben, natürlich müsse sie für Wohnung und Verpflegung zahlen. Der Preis der Wohnung und Kost ließ sie die Augen noch weiter aufreißen. Aber Anthony versprach, sie würde bei ihnen gut aufgehoben sein und behaglich leben. Sie wagte einen schwachen Versuch, ihn zu erweichen, er jedoch küßte sie, erklärte, er würde alles regeln, sie solle sich nur keine Sorgen machen.

(Fortsetzung folgt.)

Kommunistische Aprilscherze.

Aus der Generalversammlung der Konsumgenossenschaft.

Die Generalversammlung der Konsumgenossenschaft am 6. April nahm einen stürmischen Verlauf. Auf der Tagesordnung standen: Bericht über die Neuwahl der Generalversammlungsvertreter, Bericht über das Geschäftsjahr vom Juli bis Dezember 1924, Wahlen der Delegierten zum Verbandstag Ostdeutscher Konsumvereine und zum Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, Wahl von Mitgliedern der Verwaltungskommissionen.

Die Versammlung kam aber nur bis zur Aussprache über den Geschäftsbericht für das Halbjahr Juli bis Dezember 1924. Die der kommunistischen Partei anhängenden Generalversammlungsvertreter verlangten hier die Behandlung einiger rein politischer Anträge. Unter anderem sollte die Generalversammlung beschließen, daß die Genossenschaftsmitglieder aus dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold auszutreten und in den Roten Frontkämpferbund einzutreten hätten. Ferner sollten die Genossenschaftsmitglieder veranlaßt werden, bei der Reichspräsidentenwahl am 26. April für Thälmann zu stimmen. Der Versammlungsleiter weigerte sich, diese Anträge zur Debatte zu stellen, da sie nicht zum Aufgabengebiet der Genossenschaft gehören und die Behandlung rein politischer Fragen den Genossenschaften durch das Gesetz verboten ist. Der kommunistische Parteideputierte Schmidt, der sich als Generalversammlungsvertreter hatte wählen lassen, drohte die Versammlung zu sprengen, wenn die erwähnten Anträge nicht behandelt würden. Er schickte sich auch an, diese Absicht durchzuführen, indem er als Diskussionsredner die Versammlung provozierte und einzelne Versammlungsteilnehmer in groblicher Weise beschimpfte. Er wurde deswegen mehrmals vom Versammlungsleiter zur Ordnung gerufen. Er wiederholte diese Beschimpfungen aber jedesmal, als ihm deswegen das Wort entzogen wurde, wehrte er sich. Das Präsidium zu verlaten. Alle Ehrenämter an ihm blieben fruchtlos. Der Versammlungsleiter erklärte darauf, daß so die Tagesordnung nicht weitergeführt werden könne. Er proklamierte, daß die Kommunisten die Versammlung nur auf der Tagesordnung stehenden Punkten unmöglich machen und die von der Liste „Genossenschaftsaufbau“ vorgeschlagenen Kandidaten als gewählt und schließlich die Versammlung.

Damit war der Versuch, die Generalversammlung unter kommunistischen Terror zu bringen, gescheitert. Außerdem hat man den Kommunisten gezeigt, daß sie sich durch ihre Rippenstöße und Rohheitsakte nur selbst schaden. Im übrigen wird der kommunistische Parteideputierte Schmidt deswegen aus der Konsumgenossenschaft ausgeschlossen werden.

Das Benehmen der Kommunisten in dieser Generalversammlung verdient in den weitesten Kreisen bekannt gemacht zu werden. Sie scheinen Wert darauf zu legen, für immer als unüberwindliche Clowns zu gelten. Ober sollten sie diese Anträge am 1. April formellere haben?

Großfeuer in einer chemischen Fabrik.

Großfeuer kam am Dienstag in der Bahnstraße 14 in Schöneberg angeblich durch Entflammung von Harz in der Chemischen Fabrik für Paraffinergänzung zum Ausbruch. In kurzer Zeit standen der Seitenflügel mitsamt dem Quergebäude vollständig in Flammen. Branddirektor Plonter ließ unverzüglich mit H- und C-Röhren vorgehen und das Vorderhaus wirksam löschen. Erst nach mehrstündiger angestrengter Tätigkeit konnten die Löscharbeiten, die sehr schwach besetzt waren, wieder abbrechen. Der Schaden ist erheblich. Zwei Gebäude sind in ganzer Ausdehnung ausgebrannt. Der Betrieb der Fabrik ist auf einige Zeit lahmgelegt.

Die Fleischerläden am 1. Osterfeiertag geschlossen.

Seit Monaten ist im Fleischerhandwerk eine Bewegung im Gange, die die Einführung der vollständigen Sonntagsruhe erstrebt. Doch sich der Zentralverband der Fleischer für die vollständige Sonntagsruhe einsetzt, braucht hier nicht besonders erwähnt zu werden. Im Berliner Ladenfleischerhandwerk hatte bis jetzt das Personal zum großen Teil keinen einzigen vollen freien Tag im Jahre. Die 16 Groß-Berliner Fleischerinnungen haben sich seitlos für die vollständige Sonntagsruhe ausgesprochen und erwarten ebenso wie die im Beruf beschäftigten Lohnempfänger, daß die vollständige Sonntagsruhe recht bald eingeführt wird. Jedoch gibt es einige Fleischermeister, die schon jetzt Sturm gegen die vollständige Sonntagsruhe laufen. Ihre Gegnerlichkeit gegen die Sonntagsruhe begründen sie damit, daß sie nicht im Interesse der Arbeiterschaft läge, und daß die Arbeiterschaft sich vielfach auch „nicht daran gewöhnen“ könne, schon an Sonnabenden ihre Ware zu kaufen, weil sie zu sehr dem Verderben ausgesetzt sei. Es sind das Ausreden, hinter denen etwas ganz anderes steckt. Die so argumentieren, sind nicht immer die lautesten Elemente, besonders wird bei diesen Reinlichkeit im Betriebe gerade nicht immer groß geschrieben. Fleischer, das der Fleischer sachgemäß und sauber behandelt, verdirbt nicht von einem Tag auf den anderen. Fleischer, das nicht schon Sonnabends redeten war, kann auch nicht bis zum Sonntag früh verderben. Es wird nur verderben sein, wenn es aus einem Geschäft kommt. Das allen Ramsch zusammenfaßt und vertaut. Die Berliner Fleischerinnungen haben beschlossen, am 1. Osterfeiertag ihre Läden geschlossen zu halten, und schon melden sich einige Ladenleiter, die trotzdem ihre Geschäfte offenhalten wollen.

Arbeitnehmer! Arbeiter! Besorgt eure Einkäufe schon am Sonnabend. Die „Ramschträger“ wie sie innerhalb des Berufes bezeichnet werden, dürfen nicht auf ihre Rechnung kommen. Sie dürfen ihren Ramsch nicht mit geübtem Arbeiter-

Interesse los werden. Lebt Solidarisität mit den in den Ladenfleischerhandwerk Beschäftigten! Heißt ihnen zu wenigstens einem freien Tag dadurch, daß ihr am Osterfest keine Einkäufe tätigt. Weidet die Geschäfte, die am Osterfest geöffnet haben.

Die Berliner Städtische Gaswerke A.-G. teilt mit, daß Bureau und Kassen der örtlichen Verwaltungsinpektionen der Berliner Städtische Gaswerke A.-G. am Osterfestabend, den 11. d. M., für den Verkehr mit dem Publikum geschlossen bleiben. — Auch die Spar- und Girokassen der Sparkasse der Stadt Berlin bleiben am Sonnabend, den 11. April, für den Verkehr mit dem Publikum geschlossen.

Wieder der Paragraph 218.

1 1/2 Jahr Gefängnis für einen Studienrat.

Das Schöffengericht Charlottenburg hatte sich mit einem Fall zu beschäftigen, der durch seine Vorgeschichte und das gesellschaftliche Milieu besonderes Interesse beansprucht. Wegen wissentlich falscher Anschuldigung von Beamten und Zuwiderhandlung gegen den § 218 waren der Studienrat Harnisch und das bei ihm beschäftigt gewesene Kinderfräulein Buder angeklagt. Die Ehefrau des Studienrats war auf tragische Weise ums Leben gekommen, indem sie bei einer Rauppartie, die sie mit ihrem Manne auf dem Schwelomeersee unternommen hatte, ertrunken war. Der Studienrat war mit dem Tode hilfernd allein ans Ufer zurückgekehrt, weil seine Frau in der Mitte des Sees ins Wasser gefallen war. Da das Ehepaar in Unfrieden lebte und auch schon eine Scheidung eingeleitet hatte, war damals das Gerücht ausgebreitet, daß ein Gattenmord vorliege. Dafür hatten sich jedoch keinerlei Anhaltspunkte ergeben und es war nicht einmal zu einem Ermittlungsverfahren gegen Harnisch gekommen. Nach dem Tode seiner Frau hatte Harnisch Fräulein B. als Kinderfräulein für seine beiden Kinder und als Wirtschaftlerin zu sich genommen. Aus dem Zusammenleben entwickelte sich bald ein intimeres Verhältnis, das nicht ohne Folgen blieb und diese soll nun Harnisch durch einen gewalttätigen Eingriff bestrafen haben. Fräulein B. hatte auch bei der Polizei ein volles Geständnis abgelegt. Hinterher aber hatte sie in einem Brief, den sie auf Veranlassung von Harnisch geschrieben hatte, ihr Geständnis widerrufen und behauptete, daß sie von den Beamten zu der Aussage erpresst worden sei, und daß sich auch einer der Beamten an ihr vergangen habe. Das gegen den beschuldigten Beamten eingeleitete Ermittlungsverfahren ergab die Grundlosigkeit der Beschuldigungen, so daß beide Angeklagte auch noch diese zweite Anklage erhielten. In später Abendstunden verurteilte das Gericht nach längerer Beratung das Urteil. Harnisch wurde zu einem Jahr Gefängnis, Fräulein Buder zu 6 Monaten Gefängnis wegen wissentlich falscher Anschuldigung von Beamten und Zuwiderhandlung gegen § 218 (Abtreibung) verurteilt. Der Angeklagten Buder wurde eine dreijährige Bewährungsfrist bewilligt.

Einer, der seine Taler wegwirft.

Ein junger Mann hatte in einem Geschäft in der Bademarstraße einige Kleinigkeiten gekauft und mit einem Silbertaler bezahlt. Der Geschäftsinhaber sah sich aber das Geldstück genau an, und als er erkannte, daß es falsch war, lief er seinem Kunden nach. Dieser mußte wohl so etwas schon geahnt haben, denn er setzte sich plötzlich in Trab, und nach einem kurzen Weilauf hatten ihn der Geschäftsmann, ein Schutzpolizist und andere Jagdteilnehmer an der Ecke der Bademar- und Mantuffelstraße in einem Hausflur gestellt. Den kurzen Vorprung hatte er dazu benutzt, seine übrigen Talerstücke im Hausflur fortzuwerfen. Auf der Fallgeländebildung wurde er als der 26 Jahre alte Mechaniker Willi Lorenz erkannt, der sich unangemeldet in Berlin ausstieß. Er war, wie weiter ermittelt wurde, kürzlich aus Raugard emigriert. Das „Falschgeld“ muß er dem großen „Altbekanntem“ gegen Papiergeld eingetauscht haben, weil die Verwendung von Papiergeld seinem „Schönheitsfimmel“ widerspreche und sein hygienisches Empfinden verletze.

Das Rundfunkprogramm.

Mittwoch, den 8. April.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
3.30 Uhr nachm.: Die Funkprinzessin erzählt: Legenden und religiöse Märchen. 1. Die Passionsblume (aus einer Chronik), altes Volksmärchen. 2. S. Lagerlöf: Das Rotkehlchen (aus den „Christuslegenden“). 3. Manfred Kyber: Die Himmelschlüssel. 4. Oskar Wilde: Der eifersüchtige Riese (auf Wunsch wiederholt). (Die Funkprinzessin: Adele Prossler). 4.30-6 Uhr abends: Unterhaltungsmusik (Berliner Funkkapelle). 6.40-7.30 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Abteilung Bildungskurse). 6.40 Uhr abends: Naturwissenschaft. Dr. Rudolf Wegner: Einführung in die Klimakunde. 5. Vortrag: „Der Klimagürtel der Erde“. 7.10 Uhr abends: (Abteilung Hochschulcourse). Dr. K. Th. Proust: „Glaube und Mystik in der Völkerverdichtung“. 2. Vortrag: „Der Tote im Lichte der Seelen- und der Machttheorie“. 7.45 Uhr abends: Vortragsreihe des Herrn Rechtsanwalts Dr. jur. Th. Tichauer: „Die Entwicklung der internationalen Rechtsprechung“. 2. Vortrag: „Aufgaben internationaler Schieds- und Gerichtshöfe“. 8.30 Uhr abends: Orchesterkonzert. Dirigent: Otto Orck. 1. Sinfonie Nr. 41 in C-Dur (Jupiter) Mozart, Allegro vivace — Andante cantabile — Menuetto (Allegretto) — Finale (Allegro molto) (Orchester). 2. Sinfonia concertante für Violine und Viola mit Orchester, Mozart, Allegro maestoso — Andante — Presto (Konzertmeister Franz Veit, Violine; Willi Höber, Viola). 3. Serenade Nr. 7 in D-Dur, Mozart, Allegro maestoso. Allegro molto — Andante — Menuetto — Rondo — Menuetto galante — Andante — Adagio (Orchester). Das Orchester besteht aus Mitgliedern des Berliner Philharmonischen Orchesters. Anschließend: Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitansage, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst.

Nur eine Zigarette.

Sein Freund, der Belastungszeuge.

„Ein Jahr sieben Monate Zuchthaus sind ja etwas viel“, meinte der Angeklagte nach der Urteilsverkündung. „Dann möchte ich aber wenigstens zum Traß eine Zigarette haben.“ „Die können wir Ihnen doch nicht geben“, erwiderte der Vorsitzende. „Das nicht, aber mein Freund, der Herr Kriminalkommissar, will mir eine geben, wenn das Gericht es erlaubt.“ Dagegen hatte der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Gayl, nichts einzumenden, und der als Belastungszeuge vernommene Kriminalbeamte gab auch bereitwillig die sehnlich gewünschte Zigarette. Mit einer dankbaren Verbeugung zum Gericht erwiderte der Angeklagte seine Erkenntlichkeit, indem er auf eine Verurteilung verzichtete und das Urteil annahm.

Die empfindliche Zuchthausstrafe hatte ein Angeklagter sublimiert erhalten, der sich als ein unverbesserlicher Hochstapler erwies. Ueber seinen wahren Namen schwebt ein Dunkel. Gegenwärtig bezeichnete er sich als Ralf von Westarp und ist auch unter diesem Namen schon vorbestraft. Nach dem Verbrechenabzug, zu dessen Verurteilung er gehört, hat er auch schon unter anderen Namen Strafen erlitten. Er behauptet, während der Revolution in eine Irrenanstalt gekommen zu sein und nicht mehr zu wissen, wie er heißt. Unter dem jetzt zur Aburteilung gelangten Betrugereien befand sich ein Fall, in dem er sich als der Kasse des Reichstagsabgeordneten Graf Westarp ausgegeben hatte. Einem Arbeiter hatte er vorgeschwindelt, daß er von seinem reichen Onkel eine größere Summe ausgezahlt erhalten sollte, weil seine Familie den unbequemen Sprößling über den „großen Teich“ schicken wolle. Da er aber in seiner schlechten Kleidung sich bei seinen vornehmen Verwandten nicht sehen lassen konnte, hatte er den Arbeiter gebeten, ihm seinen neuen Mantel für einen Augenblick zu leihen. Der Arbeiter war auch auf den Vorschlag eingegangen, wartete dann aber vergebens auf das Wiedererscheinen des angeblichen Grafen Westarp. Dieser hatte einen zweiten Ausweg benutzt, um das Weite zu suchen. Das Gericht erkannte wegen Betruges und Urkundenfälschung auf die Strafe von 1 Jahr 7 Monaten Zuchthaus, sowie auf 150 Mark Geldstrafe, für die gegebenenfalls weitere 15 Tage Zuchthaus eintreten. Mit der Zigarette in der Hand und schon in dem kommenden Gemütschwelgen, trat der Beurteilte den Weg zum Zuchthaus an.

Eine Zirkusrevue.

Im Zirkus Busch gibt es eine Zirkusrevue. „Huch, huch — zu Busch!“ Vielleicht die erste ihrer Art, gewissermaßen eine Fortsetzung der Bantomime in Volkstheatermanier, mit fast klassischem Berliner Lokolorit. Man hat in der Tat weder Nähe noch Kosten gescheut und die gesamte Zirkusrevue in den Dienst der neuen Sache gestellt. Man hat sich sogar den 73jährigen „Senior der Tendre“ Heinrich Bötel verschrieben, der natürlich, wie könnte er anders, einen Droschkentourer mimen muß. Dann Anna Müller-Sinke und den Komiker Fritz Beckmann. Einiges ist munter und lustig gesehen, so die amüsante Szene auf dem Mars, worauf dann in Abwesenheit des märchlichen Königs eine Galavorstellung im Zirkus vor sich geht. Man hat zu diesem Zweck die Darsteller im Publikum untergebracht und weiß dadurch die Stimmung auf einen gewissen Höhepunkt zu bringen. Als bei der Gelegenheit ganz ernsthaft eine schöne Frau auf einem schönen Pferd „O Malenheit, o Pechestraum“, tanzt, gefiel das einem großen Teil des Publikums über alle Maßen. Tragisch wird die Geschichte allerdings, wenn sich die Denkmäler zu heben beginnen. Der Alte Fritz als Hauptbestandteil solcher Erinnerungen ist so, wie es scheint, nicht mehr zu umgehen; aber dann muß auch noch Bismarck van und der — Heinrich, wie wird die in dieser Gesellschaft? — Heine. Den Major v. Wissmann in Hamburg und der alte Graf Zeppelin und reichlichen Anstanz, der dabei verzapft wird, kann man sich leicht vorstellen. Anabene wird auch das Bismarckgedenken und die „Wacht am Rhein“ schwingt sich laut hinein und etliche schwarzweißrote Fahnen fliegen begeistert. Inmitten ist der Beifall nach diesem Ereignis ziemlich artig und er wird noch herabgedämpft durch die Zumutung, das gefammelte Zirkuspublikum das Deutschlandlied singen zu lassen. Die Reihe des nationalistischen Anstanz setzt sich fort durch ein Bild, in dem ein mittelmäßiger Schauspieler gezwungen ist, als „Der letzte Gefangene von Anigan“ aufzutreten. Er droht Frankreich frisch-fröhliche Rache an. Nach diesen unerquicklichen Intermezzi, die wohl im Zirkus Busch nicht zu umgehen sind, wird die Sache aber wieder lustig. Räumlich mit 20 Ufer-Street-Girls of New Köln. Mit Berlin an der Fischerbrücke passiert norüber, der Ruhbaum, die Dammwühlbrücke und zum Schluß erreicht die Geschichte ihren Höhepunkt, wenn sich die Manege mit Wasser füllt und ein wirklich lustiges Drunter und Drüber die letzte Ermunterung an das Trio Bismarck-Zeppelin-Heine fortzuschwimmt.

Im Aprilprogramm der Scala sind wieder die 18 Hoffmann-Girls in unermüdlicher Frische Höhe und Mittelpunkt. Es soll hier gerne erwähnt werden, daß sie sich inzwischen die Kenntnis der deutschen Reichsfahne angeeignet haben. In der Auftrittszone weht jetzt über dem Vortel, aus dem sich die 18 Sprudelnd auf die Bühne erheben, die schwarz-rot-goldene Fahne. Neben dieser Attraktion gefüllt besonders die vielseitige Alba Tiberio, die alles kann und zu jedem neuen Tun ein sehr schönes Kleid bereit hält. Ueberhaupt sind die talentvollen Frauen diesmal obenan, so daß Miß Trigg, eine außergewöhnliche akrobatische Begabung, und ein einem guten Redakt der Banola Kasti, ein munteres quicklebendiges Geschöpf von Talent und Verne. Die jüngste in dieser Reihe ist eine unzweifelhaft begabte neunjährige Koloraturfängerin Ilja Marcus-Szyner, die mit noch kindlich blechernem Stimmchen die Koloratur-Arien ihrer großen Kolleginnen erlingen läßt. Inmitten handelt es sich hier um einen Typ des gemerlich ausgenutzten Wunderkinds, auf den man im Varieté Heber verzichten sollte. Dann rettet



Servus

muss man benutzen zum Stiefel putzen



Endlich haben wir die besten 3 M ZIGARETTE

Fabrikniederlage Berlin, Invalidenstr. 139
Fernsprecher: Norden 11 720, 11 721

LANDE WOOD ZIGARETTEN

Kaufe auf Kredit und bar im Leihhaus Moritzplatz 58a

Monatsgarderobe, teils auf Seide, Jackett-Anzüge von 30 M. an. eleg. Uster, Taillenmäntel, Gummimäntel von 18 M. an. Damenmäntel, Kostüme von 25 M. an. Gehpölze, Sportpölze von 75 M. an. Pelzkleider aller Art von 15 M. an. Pelzjacken von 50 M. an. Extra-Angebot in Teppichen, Wäsche, Gardinen. — Extra-Abteilung in eleg. Schuhwaren ganz enorm billig!

Wirtschaft

Bedenken gegen die zentrale Agrarbank.

Der Entwurf eines Gesetzes zur Gründung der Rentenbank-Kreditanstalt, der jetzt dem Parlament vorliegt, stößt von Anfang an auf schweren Widerstand bei verschiedenen Wirtschaftsgruppen, insbesondere bei den Genossenschaften, denen sich auch einige Landesregierungen angeschlossen haben. Die großen politischen und wirtschaftlichen Gefahren, die eine monopolartige Zentralisation des landwirtschaftlichen Kreditverkehrs bei der vom Reichslandbund beauftragten Tochtergesellschaft der Rentenbank für weite Kreise der Wirtschaft bringen müßte, hat auch uns Anlaß gegeben, die geplante Gründung abzulehnen. Jetzt veröffentlicht in dem „Bankarchiv“ der Direktor der Dresdener Bank, Geheimrat Frisch, einen Aufsatz, der die schwersten wirtschaftlichen und finanzpolitischen Bedenken gegen die Gründung der Rentenbank-Kreditanstalt auspricht. Herr Dr. Frisch schreibt:

Nach der Begründung soll die Rentenbank-Kreditanstalt mit den Personal- und Realcredit-Instituten nicht in Wettbewerb treten oder sie ersetzen, sondern lediglich als Bank der Banken tätig werden. Sie tritt also mit dem Anspruch, ein Zentralinstitut zu sein, neben die oberste Geld- und Kreditquelle des Landes und wird schon durch die Macht ihrer Kapitalien, aber auch durch die Geschlossenheit der wichtigsten Produktionskreise des Landes, die sich mit ihr nach dem Entwurf fest zusammenschließen, ein Machtfaktor werden, der die Geld- und Kreditpolitik des Landes beeinflussen kann. Es scheint nach dem Entwurf, als ob das neue landwirtschaftliche Zentralkreditinstitut von der Reichsbank als der obersten Geld- und Kreditquelle weder etwas wissen noch mit ihr in irgendeinem organischen Zusammenhang arbeiten soll. Wenn etwas zu wünschen wäre, so ist es, daß die Reichsbank, die ihre neue Organisation vollendet hat und nunmehr wie früher wieder als die Beherrscherin des gesamten Geldwesens des Landes in Erscheinung tritt, nicht durch Maßnahmen eines so großen Institutes, wie die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt es werden soll, gehemmt werde. Solche Möglichkeiten liegen aber vor bei einer Bank, die nicht nur mit ihrem eigenen Kapital, sondern auch mit langfristigen Depositionen, die sie aufnehmen kann, Personal-Creditgeschäfte zu betreiben in der Lage ist. Auch ist nicht von der Hand zu weisen, daß der Kreditanstalt öffentliche Gelder auch langfristig gegeben werden können, die für irgendwelche Zwecke auf längere Zeit aufgespart werden, abgesehen von der Möglichkeit, die auch in der Begründung angedeutet ist, daß Gelder des Reparationsagenten, die nicht transferiert werden können, als langfristige Anlagen der Rentenbank-Kreditanstalt zuzuführen. Daß als die Kreditkontingenzierungspolitik der Reichsbank, die wir als berechtigt anerkennen, durch die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt durchkreuzt werden kann, ist nicht ausgeschlossen. Hier enthält der Gesetzentwurf eine Lücke, die vielleicht dadurch ausgefüllt werden kann, daß in einem Kreditausschuß des Verwaltungsrats ein Vertreter der Reichsbank Sitz und Stimme erhält, wodurch die Summen, die zu Personalcreditzwecken in die Wirtschaft gehen, mit der Kreditpolitik der Reichsbank in Einklang gebracht werden können; die Kreditanstalt müßte ferner verpflichtet sein, ihre Bilanzen entsprechend den Vorschriften für Aktiengesellschaften aufzustellen, was sie nach dem Entwurf nicht nötig hat, und auf Wunsch der Reichsbank Zweimonatsbilanzen veröffentlichen.

Die neue Großbank wird den bestehenden Banken aller Art, soweit sie nicht das Monopol haben, ihrem Kreise anzugehören, eine scharfe Konkurrenz machen, die eine weitere Schwächung des für den Kredit Deutschlands so wichtigen Bankgewerbes bedeuten muß.

Hier decken sich die Bedenken des Geheimrats Frisch mit denen, die auch von den Genossenschaften geltend gemacht worden sind. Das ist um so auffälliger, als die hier erwähnten Beschränkungen die Großbanken selbst am wenigsten angehen. Die Rentenbank hat sich nämlich immer Mühe gegeben, den Großbanken entgegenzukommen, und es erregte in den Kreisen der Bauern nicht wenig Entrüstung, als die Rentenbank große Summen, die den Bauern fehlten, an die D-Banken geleitet hat.

Herr Frisch geht dann auf die großen Gefahren ein, die die geplante Aufnahme von Auslandskrediten für die deutsche Landwirtschaft der deutschen Währung bringen müßten. Aber auch der Einfluß der landwirtschaftlichen Pfandbriefe auf den inneren Geldmarkt ist von größerer Tragweite:

Lassen wir hier die damit verbundenen Verkäufe von Wert außer Betracht, so muß doch darauf hingewiesen werden, daß diese Schuldverschreibungen den Absatz der Pfandbriefe der Hypothekendarlehen und der Industrieobligationen stark schädigen werden. Die Regulierung des gesamten Marktes der festverzinslichen Werte kann geradezu unmöglich gemacht werden. Der städtische Bauplatz und die Industrie werden auch hier wieder die Leidtragenden sein, nachdem sie schon vorher infolge der Inanspruchnahme von ausländischen Kredit durch die Kreditanstalt eine Verkürzung ihrer Kredite im Auslande erleben mußten, ganz zu schweigen von dem Kreditbedürfnis des Reiches, der Länder und der Gemeinden.

Hier ist die Kritik, die Dr. Frisch dem Gesetzentwurf als einem Ganzen zuteil werden läßt. Schlicht er doch seinen Artikel folgendermaßen:

Man kann bei Durchsicht des Gesetzentwurfes über die Errichtung der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt sich des Eindrucks nicht erwehren, als ob auf der einen Seite zentralistische Tendenzen der landwirtschaftlichen Kreditorganisation zu stark betont sind, daß auf der anderen Seite die Gefahren für die übrige Wirtschaft nicht genügend erkannt sind und daher auch diejenigen Bestimmungen fehlen, welche diese Gefahren einigermaßen herabmindern. Es ist nicht einzusehen, warum die aus der Liquidierung der Rentenbank stehenden Mittel nicht durch Vermittlung aller Banken der Landwirtschaft hätten weiterhin dienstbar gemacht werden können, wobei die in § 9 des Rentenbank-Liquidationsgesetzes erwähnte landwirtschaftliche Kreditorganisation durch eine mit weniger Umständen zu schaffende Treuhandstelle zu bilden gewesen wäre, während man eine gesetzliche Regelung für die Aufnahme ausländischer Anleihen, soweit ein Geleg hierzu überhaupt sich als notwendig erweisen sollte, für die Landwirtschaft davon abhängig machen könnte, in welcher Weise überhaupt das Ausland für derartige Anleihen zu gewinnen ist, ohne daß man es nötig hätte, einen Plan aufzustellen, von dessen Verwirklichung man eine klare Vorstellung bisher noch nicht gewonnen hat.

Auch uns scheint es so, daß die Regierung keine klare Vorstellung davon hat, was sie mit ihrer Vorlage eigentlich will. Um so genauer wissen es die Organisationen der Großagrarier, die in ihrem rücksichtslosen Streben nach Macht sich mit Hilfe der landwirtschaftlichen Zentralbank die Herrschaft über den deutschen Geld- und Kapitalmarkt sichern wollen!

Stillelegung von Kohlenzechen an der Ruhr.

Aus dem Ruhrgebiet kommen ernste Nachrichten über die drückende Stillelegung von ganzen Kohlenzechen. Wie gemeldet wird, wird auf Antrag der Zechenverwaltungen „Schürbant“ und „Charlottenhof“ in Aplerbeck vor dem Demobilisierungskommissar wegen Stillelegung dieser Zechen verhandelt. Es scheint sich dabei um Zechen des Voithringenkonzerns zu handeln, auf den im Syndikatsvertrag vom Herbst 1924 eine Verkaufsbeteiligung von rund 4 Millionen Tonnen entfallen ist und der eine Verbindung reiner Zechen ohne jede Verbrauchsbeteiligung darstellt. Der Voithringenkonzern scheint mit dem Stillelegungsantrag nicht nur die Konsequenz aus der tatsächlich schwierigen Lage des Ruhrkohlenbergbaues zu ziehen (es liegen rund 9 Millionen Tonnen auf den Halde), sondern auch und im besonderen die Konsequenz aus den letzten Verhandlungen der Ruhrkohle A.-G., die zu einem vollen Siege der Hüttenzechen über die reinen Zechen geführt hat. Rein praktisch haben nämlich die Nachverhandlungen der Ruhrkohle A.-G. vom 6. April den Vorhang zur Wiederholung des Dramas aufgezogen, das in der Vorkriegszeit zwischen den gemischten Werken und den reinen Bergwerken gespielt und mit dem Siege der gemischten Werke endete. Nur daß diesmal die Hüttenzechen und die reinen Zechen die Spieler im Drama sein werden. Der Voithringenkonzern scheint der Kampföffnung durch die Hüttenzechen nun durch die Stillelegung zuvorkommen zu wollen.

Angeichts dieser Zusammenhänge ist es natürlich völlig abwegig, die Stillelegung von Zechen den Lohnerhöhungen der Bergarbeiter zuzuschreiben, denn diese Lohnerhöhungen gelten für Hüttenzechen und reine Zechen in gleicher Weise, was natürlich nicht hindern kann, daß sie bei den reinen Zechen schwerer ins Gewicht fallen als bei den Hüttenzechen. Darauf muß die Bergarbeiterschaft, die von den Stillelegungen mitbetroffen

wird, ganz besonders achten. An sich handelt es sich bei den stillzuliegenden Zechen nur um eine verhältnismäßig geringe Förderung. Auf „Schürbant“ und „Charlottenhof“ entfällt nur eine Verkaufsmenge von 250 000 Tonnen. Sollten aber weitere Stillelegungen bei den reinen Zechen erfolgen (sie verfügen im ganzen über 56 Millionen Tonnen Verkaufsbeteiligung bei nur 700 000 Tonnen Verbrauchsbeteiligung), so dürften die Verhältnisse bei dieser ersten Stillelegung für weitere Stillelegungen symptomatisch sein.

Abkündigung der Sonnabendbörse. Bekanntlich haben sich die Erwartungen, die der Börsenvorstand auf die Wiedereinführung der Sonnabendbörse gesetzt hatte, in der Praxis nicht erfüllt. Der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangehörigen, der seinerzeit wiederholt gegen diese von ihm als wirtschaftlich überflüssig bezeichnete Maßnahme entschieden Stellung genommen hat, hat daher, nachdem die Praxis seiner Beurteilung recht gegeben hat, beim Vorstand der Berliner Wertpapierbörse die Wiederabkündigung der Sonnabendbörse beantragt. Zweifelloser wird ein solcher Beschluß des Börsenvorstandes weit über die Kreise der Bankangestellten hinaus lebhaft begrüßt werden.

Der Geschäftsgang in der Rauchwarenindustrie. Den oberen Lehntausend scheint es immer noch nicht schlecht zu gehen. Denn diejenigen Gewerbezweige, die die Bedürfnisse dieser Bevölkerungsschichten befriedigen, haben über schlechten Geschäftsgang nicht zu klagen. Pelzwaren werden doch im allgemeinen nur von den wohlhabenderen Bevölkerungsschichten gekauft, die großen Massen können sie sich ja nicht leisten. Nach den Mitteilungen, die in der Generalversammlung der Walter und Arnold-Rauchwaren-Aktien-Gesellschaft gemacht wurden, ist die Gesellschaft für die Fabrikation reichlich mit Aufträgen versehen. Sie hatte zeitweise unter der Konkurrenz der französischen Industrie in ihrem Hauptartikel, Kanin, zu leiden. Doch hat sich die deutsche Kaninchenindustrie in letzter Zeit von diesen französischen Fabrikaten abgemacht und ist auf die deutschen Fabrikate zurückgekommen. Für das abgelaufene Geschäftsjahr bringt die Gesellschaft aus einem Reingewinn von 108 385 M. eine Dividende von 4 Proz. zur Verteilung.

Die Goldbilanzierung in Ungarn. Ungarn macht den interessanten Versuch, eine Goldbilanzierung seiner Unternehmungen durchzuführen, ohne vorher seine inflatorische Währung auf eine neue Goldwährung umzustellen, wie es Deutschland und Oesterreich getan haben. Die Goldbilanzen werden auf der Grundlage der alten stabilisierten ungarischen Kronenwährung durchgeführt und nur für eine bestimmte Kategorie von Unternehmungen, nämlich jene Aktiengesellschaften, deren Aktien an der Budapester Börse notiert werden, ist neben der Goldbilanz in alten Kronen auch eine Goldbilanz in Goldkronen vorgeschrieben (1 Goldkrone = 1000/1000000 Dollar). Das ist der erste Versuch in Europa, auf einer entwerteten, aber stabilisierten Währung die Goldbilanzierung durchzuführen, ein praktischer Schussfall dafür, daß es keiner neuen Goldwährung für die Durchführung der Goldbilanzierung bedarf, wie die Mehrzahl der Bilanzierungsverständigen in Deutschland bei der Durchführung der Goldbilanzierungsverordnung vom 28. Dezember 1923 behauptet haben. Einleuchtend und richtiger als in Deutschland ist auch der Name der entsprechenden ungarischen Verordnung. Sie heißt „Verordnung über die Wiederherstellung der Bilanzwahrheit“ und trifft damit von vornherein den Kern der Sache. Im übrigen stimmt die ungarische Goldbilanzierungsverordnung in ihren Grundzügen mit ihren österreichischen und deutschen Vorgängerinnen überein. Auf der Grundlage einer Neubewertung der Aktien und Passiven (Reinventur) ist eine Eröffnungsbilanz zu erstellen und nach dem festgestellten Reilvermögen das eigene Kapital festzusetzen. Aktiengesellschaften aber, deren Reilvermögen weniger als 500 Millionen Kronen beträgt (etwa 20 000 R.-M.), werden von Amts wegen für aufgelöst erklärt und liquidiert. Das ist ein großer Fortschritt gegenüber der deutschen Goldbilanzierungsverordnung, die auch die kleinsten Aktiengesellschaften fortbestehen ließ und so die Reinigung der Wirtschaft von an sich lebensunfähigen Inflationsgründungen lange verhinderte. Das Beispiel Ungarns dürfte in den Ländern, deren Währung zwar stabilisiert, aber noch nicht auf Gold umgebaut ist, Beachtung und Nachahmung finden.

Herren-Anzüge, Paletots
nach Maß, in vollendeter Paßform M. 85
L. Sonnenschein, Potsdamer Str. 33. I. (Ecke Lützowstraße)

Günstiges Oster-Angebot!!



Dieser Kneifer

ohne Gläser nur M. 0.75

aus Gold-Double

ohne Gläser nur M. 1.50

Rathenower BI-Gläser p. Paar „ 1.—

Punktorik-Gläser „ 3.—

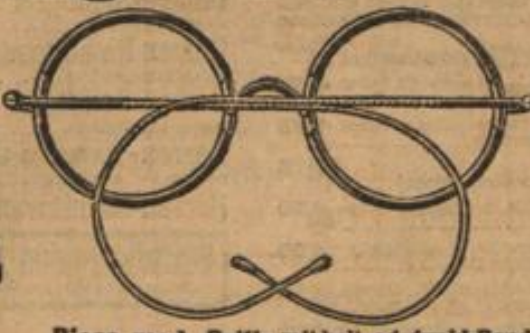


Optiker Ruhnke's

„Televist“

Reise-, Jagd- und Sport-Glas
Eigens erstkl. Fabrikat von amerik. Qual. u. Leistung

8 x	statt 75 nur M. 70
8 x	„ 85 „ 80
10 x	„ 100 „ 90
12 x	„ 120 „ 110



Diese mod. Brille mit hell od. dunkl. Rand, ohne Gläser nur M. 4.—

Kostenlos

prüfen wir Augen und Sehraft mit Sorgfalt und garantieren für das Halbjahrzeit aller Kontakt- und Brillenfassungen aus Gold und Gold-Juwel 1-4 Jahre, je nach Qualität des Netalles.
Reparaturen werden sofort erledigt.

Sind's die Augen, geh' zu Ruhnke!

35 Geschäfte in Berlin, Hamburg, Düsseldorf, Köln, Magdeburg, Essen, Basel u. Zürich; Fabriken in Rathenow - Neue Schilse u. Berlin

- NW**
Friedrichstr. 150
Ecke Dorotheenstraße
- SW**
Friedrichstr. 228
Ecke Holstenstraße
Belle-Alliance-Str. 4
nahe Jandorf
- SO**
Oranienstr. 44
zw. Moritz- u. Oranienplatz
- Charlottenburg**
Tauentzienstr. 15
zw. Marburger u. Hakenstr.
- Jochimsdhaler Str. 2
nahe Hahnenhof Zoo
- Neukölln**
Bergstr. 4
Ecke Zethenstraße
- Friedenau**
Rheinstr. 15
Ecke Kirchstraße
- Schöneberg**
Hauptstr. 21
Ecke Akazienstraße
- Wilmsdorf**
Berliner Str. 192-193
nahe Uhlandstraße

- C**
Spittelmarkt
Ecke Wallstraße
- Alexanderplatz**
nahe Aschlagerei
- Königsstr. 55
gegenüber Rathaus
- W**
Friedrichstr. 109a
Ecke Leipziger Straße
- Leipziger Str. 119
Ecke Mauerstraße
- Linksstr. 1**
Ecke Potsdamer Straße
- N**
Schönhauser Allee 81
am Hahnenhof Nordring
- Friedrichstr. 106
Ecke Ziegelstraße
- Invalidenstr. 104**
Ecke Brunnenstraße
- Invalidenstr. 117**
am Metzdiner Bahnhof
- Chausseestr. 72**
nahe Millowstraße
- Frankfurter Allee 14**
nahe Teltow

Engros:
J. F. Rauch Aktiengesellschaft
Berlin N4

Osterwein

Santa Lucia

Käuflich in Feinkost-, Kolonial- und Drogenhandlungen.

Drum prüfe, wer sich ewig bindet
Ich liefere als Selbsthersteller

Trauringe

zu billigsten Preisen
in den gediegensten Ausführungen
= Ständig ca. 3000 St. auf Lager!

Preisliste gratis!
Ges. geschützt

Hermann Wiese, Berlin N. 24, Artilleriestr. 30
W. Passauerstraße 12

Bei Bestellung werden die von mir gekauften Ringe lausbach stets sofort zum vollen Preise zurückgenommen

Gewerkschaftsbewegung

(Siehe auch 4. Seite Hauptblatt.)

Kostgeldsätze für gewerbliche Lehrlinge.

Von der Jugendzentrale der Gewerkschaftskommission wird uns geschrieben:

Im allgemeinen wurden jetzt als sogenannte Beihilfen oder Kostgeldsätze von den Innungen die Beträge von

- 3 Mark im ersten Lehrjahr
- 4 Mark im zweiten Lehrjahr
- 5 Mark im dritten Lehrjahr
- 6 Mark im vierten Lehrjahr

gezahl. Die Jugendzentrale ist bei der Handwerkskammer vorstellig geworden, diese Sätze zu erhöhen. Bei der Verteuerung auch der gebräuchlichsten und wichtigsten Waren und bei der gesunkenen Kaufkraft des Geldes können die vorstehenden Sätze keineswegs als ausreichend anerkannt werden. Es ist ja ausgeschlossen, daß dies Geld für irgendeinen Familienvater, der den im Entwicklungsalter befindlichen Jugendlichen zu ernähren hat, irgendwie eine nennenswerte Erleichterung bedeutet. Die Eltern sind durch die allgemeine Verteuerung in einer materiell gedrückten Lage, zumal die Folgen der Inflation verbunden mit oft langer Arbeitslosigkeit sich im Arbeiterhaushalt äußerst nachteilig bemerkbar machen. Da fällt es denn vielen schwer, den Sohn oder die Tochter etwas lernen zu lassen. Das sollte beachtet werden, denn nicht selten wird über den Mangel an beruflichem Nachwuchs geklagt. Wir halten eine Erhöhung als durchaus tragbar, trotz aller Klagen der Kleinmeister. Eine wesentliche Erhöhung, die sich bis zum vierten Lehrjahre bedeutend steigern müßte, ist unbedingt erforderlich. Unsere Schritte galten besonders für Lehrlinge in Kleinbetrieben und bei den Innungsmeistern. Hier findet man immer völlige Verlässlichkeit.

In der letzten Vollversammlung der Handwerkskammer war nun unser Antrag Gegenstand der Beratung. Die Vollversammlung hat beschlossen, die Sätze wie folgt festzusetzen:

- 4 Mark im ersten Lehrjahre
- 5 Mark im zweiten Lehrjahre
- 7 Mark im dritten Lehrjahre
- 8 Mark im vierten Lehrjahre.

Danach ist die Handwerkskammer unseren Vorschlägen nicht gefolgt. Wir haben höhere Sätze vorgeschlagen, die nicht nur für das Handwerk tragbar sind, sondern die auch von sozial denkenden Innungsmeistern als in jeder Weise gerecht anerkannt werden.

Der Beschluß beweist eben, welcher Geist im Handwerk vorherrscht. Noch stellt sich die Gewerbeordnung schützend vor die Innungen. Aber die Gewerkschaften werden auch hier Breche schlagen. Auch die Entschädigung der Lehrlinge muß Gegenstand tariflicher Regelung werden.

Wir fordern Eltern und Betriebsvertrauensleute auf, darauf zu achten, daß nunmehr die Innungen wenigstens die von der Handwerkskammer vorgeschlagenen Sätze an die Lehrlinge auch wirklich zahlen.

Beirätet man das Kostgeld als das, was es sein soll, als eine Abilgung der früheren Leistung der Lehrmeister in Gestalt von Kost und Logis, bei höchstens dreijähriger Lehrzeit, dann ergibt sich, daß nicht einmal die für das vierte Lehrjahr vorgesehene Entschädigung für Kost und Logis ausreicht. Hinzu kommen die Ausgaben an Fahrgehalt, die in der ersten Zeit fast die ganze „Kostgeldentwähligung“ beanspruchen. Auf dem Gebiete der Dauer der Lehrzeit und der Kostgeldentwähligung ist die Arbeiterkammer in unerträglichem Maße zurückgedrängt worden. Erst im ersten Gesellenjahre wird heute anstatt Lohn eine ausreichende Kostgeldentwähligung samt Fahrgehalt gezahlt. Das muß anders werden!

Musikaufträge

überläßt man nur dem Nachweis des Deutschen Kaiser-Verbandes Berlin O 27, Andreestr. 21 (Königsplatz 4810). Geschäftszeit 9-5, Sonntags 10-2 Uhr. Auf Wunsch Vertreterbesuch.

Um die Einheitsfront.

Russisch-englische Verhandlungen.

London, 6. April. (Eigener Drahtbericht.) Im Hause des britischen Gewerkschaftsverbandes begannen am Montag nachmittags offizielle Verhandlungen zwischen einer russischen Gewerkschaftsdelegation und einer Abordnung der britischen Gewerkschaften über die gewerkschaftliche Einigung. Bemerkenswert ist, daß der britischen Delegation Purcell und Ben Tillet angehören, die als sowjetfreundliche Mitglieder in der britischen Gewerkschaftsdelegation waren, die seinerzeit Rußland bereist hat. Turner, der sich in jüngster Zeit in Schriften und Reden außerordentlich kritisch über die russischen Beobachtungen ausgesprochen, wird von den Verhandlungen ferngehalten. WTB. meldete:

London, 6. April. Auf der heutigen ersten Konferenz zwischen dem Generalrat des britischen Gewerkschaftsverbandes und einem Ausschuss des allrussischen Gewerkschaftsrates sprach der russische Vorsitzende Tomilin den Wunsch aus, eine Einheit des Zieles zwischen den russischen Arbeitern und denen der anderen Länder „zwecks Bekämpfung des organisierten Kapitalismus“ herzustellen. Er betonte, ein offener Meinungsaustausch sei erforderlich, bevor die Russen sich der Bewegung der Amsterdamer Internationale anschließen könnten. Die Russen hätten keine Angst davor, unter den Einfluß Amsterdams zu kommen, sie seien aber überrascht, daß die Vertreter des Internationalen Gewerkschaftsbundes den Anschein erweckten, als ob sie zu vermeiden wünschten, unter den Einfluß der russischen Vertreter zu geraten. (Das kann man den Vertretern des IWB sehr wohl nachfühlen. Red. d. „A.“) Eine offene Erörterung werde sicherlich zur Beseitigung von Mißverständnissen führen. Die Konferenz wurde darauf auf morgen vertagt.

Nach einer 11. Sitzung nahmen an der Einheitskonferenz sieben Mitglieder des Gewerkschaftsverbandes teil und sechs Vertreter des allrussischen Gewerkschaftsrates. „Die Besucher beherrschen die englische Sprache höchst mangelhaft, und die Verhandlungen gehen nur mit großen Schwierigkeiten vor sich. Der politische Korrespondent des „Evening Standard“ berichtet dazu, daß der Grund, weshalb die englischen Arbeiterparteilührer mit den Bolschewisten fraternisierten, der wäre, daß sie Mittel und Wege suchten, um die Schwierigkeiten zu beseitigen, die immer noch der Angliederung der russischen Gewerkschaften an die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale im Wege ständen.“

Wer nun den Grund dieser angeblichen Fraternisierung noch nicht weiß, dem kann der Korrespondent des „Evening Standard“ nicht helfen.

Schiedspruch im Bankgewerbe.

Wie der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten mitteilt, hat der Schlichter gestern gegen die Stimmen sämtlicher Beisitzer, Arbeitgeber und Arbeitnehmer einen Schiedsspruch dahin gefällt, der in finanzieller Hinsicht ab 1. April eine Erhöhung der Bezüge um 11 Proz. in der Drittklassenklasse vorsieht. Diese Regelung soll nach Auffassung des Schlichters bis zum 31. August d. J. in Kraft bleiben. Die wichtigsten Forderungen der Arbeitnehmer hinsichtlich Wiedereinführung des Achtstundentages wurden durch den vom Arbeitsminister eingesetzten Schlichter ignoriert. Die Ertüchtungsfrist läuft am 18. April d. J. ab.

Vom Hamburger Verkehrsstreik.

Hamburg 7. April. (WTB.) Wie das „Hamburger Echo“ berichtet, wird am kommenden Donnerstag eine Vollversammlung der organisierten Kraftfahrtsführer zu der Bahnbewegung Stellung nehmen und über einen eventuellen Eintritt in den Streik beschluß fassen. Von dem Ergebnis dieser Versammlung wird es abhängen, ob auch der Kraftfahrtsverkehr in Groß-Hamburg stillgesetzt wird. Im Verkehrsstreik selbst hat sich die Lage nicht wesentlich verändert. Durch Einlaß der Technischen Reichsanstalt wurde heute mittag der Rotverkehr auf der Walddorfer Bahn aufgenommen.

Kommunistischer Streikzusammenbruch. Prag, 7. April. (Eigener Drahtbericht.) Der von den Kommunisten im Ostrauer Kohlenrevier geführte Streik ist vollständig zusammen-

gebrochen. Schon am Montag hat die Mehrzahl der Streikenden die Arbeit bedingungslos wieder aufgenommen. Seit Dienstagmorgen wird auf sämtlichen Gruben wieder regelmäßig gearbeitet.

Aus der Partei.

Gewisse Richard Fischer schreibt uns: Unlänglich meines 70. Geburtstages sind mir so zahlreiche Rundgebungen freundschaftlicher Anteilnahme zugegangen, daß ich sie womöglich einzeln beantworten kann. Ich sage daher auf diesem Wege herzlichen Dank. Berlin, den 7. April 1925. Richard Fischer.

„Die Gesellschaft“.

In dem soeben erschienenen Kritisches unserer wissenschaftlichen Zeitschrift „Die Gesellschaft“ widmet Hermann Müller einen längeren Artikel der Persönlichkeit und dem geschichtlichen Wirken Friedrich Eberts. Von besonderem Interesse sind hier die Ausführungen, die der Verfasser — aus seiner intimen Kenntnis aller Einzelheiten der inneren und äußeren Politik der letzten Jahre — über die Rolle Eberts als Reichspräsident macht. — Zur Vassalle-Feder finden wir in dem Heft zwei wertvolle Beiträge von Karl Renner und Gustav Mayer. Während Renner eingehend die geschichtliche Stellung Vassalles schildert und vor allem die schöpferische Rolle Vassalles in der Frage der Stellung zum Staat herbeizieht, untersucht Gustav Mayer, der bekannte Herausgeber des Vassalle-Nachlasses, das Verhältnis zwischen Marx und Vassalle, zu dessen besserer Würdigung der vor kurzem herausgegebene Briefwechsel zwischen Marx und Vassalle viel beigetragen hat. Sehr wertvoll sind in dieser Beziehung auch die in diesem Artikel wiedergegebenen Abschnitte aus Vassalles bisher unbekannter „Geschichte der sozialen Entwicklung“. Diese Abschnitte zeigen, in wie starkem Maße Vassalle von den Gedankenengängen des „Kommunistischen Manifests“, d. h. von den Ideen von Marx und Engels, beeinflusst war.

Trotz der erwähnten Aufsätze einen mehr geschichtlichen Charakter, so führen die weiteren in aktuelle Probleme der Gegenwart hinein. Ernst Hamburger behandelt an Hand einer Untersuchung der statistischen Ergebnisse der Reichstagswahlen in den letzten vier Jahrzehnten die Parteibewegung und die gesellschaftliche Umschichtung in Deutschland. Das Jittermaterial und die Schlußfolgerungen des Aufsatzes können auch in der Tagespresse sehr gut verwertet werden. Von eminenter praktischer Bedeutung ist auch ein Aufsatz von Karl Kautsky jun. über die Frage der Unterbrechung der Schwangerschaft, in dem der sozialistische Standpunkt der individualistischen entgegengesetzt wird. Ein Artikel von Anna Siemsen „Geschichtliches über Erziehung“ und ein Aufsatz von Karl Kautsky „Die Lehren des Oktoberexperimentes“, der sich mit den lehrertheoretischen sensationellen Schriften Trotskys auseinandersetzt, beschließen den reichhaltigen Inhalt des Heftes.

Het Volk-Jubiläum.

Amsterdam, 3. April. (Eigener Drahtbericht.) Das Zentralorgan der holländischen Sozialdemokratie, „Het Volk“, beging unter starker Anteilnahme auch der gesamten bürgerlichen Presse sein 25jähriges Jubiläum. Das Niederländische Pressemuseum hat anlässlich der Jubiläumfeier eine Spezialausstellung veranstaltet, welche die Entwicklung von „Het Volk“ von einem kleinen Blättchen zu einer der größten Zeitungen Hollands mit über 50 000 Abonnenten illustriert.



SONDER-ANGEBOTE

Mengenabgabe vorbehalten

Damen-Wäsche

- Spitzenrägerhemd aus feinem Stoff 2⁵⁰
- Spitzenrägerhemd mit breiter Spitze u. Mandarorange 3⁵⁰
- Hemd hose aus reinem Wäscheleinen, mit rother Spitzenverzierung 3⁷⁵
- Prinzessrock zur Hemd hose passend 5⁷⁵
- Unterkleid aus Kunstseide, in grossem Farbensortiment 4⁹⁰
- Hemd hose aus Kunstseide, geistreiche amerikanische Form 4⁹⁰
- Untertailien aus Kunstseide 2⁷⁵ Kasack-Jumperform 3⁷⁵
- Schlüpfer aus reinem Fl. Kunstseide, verziert an Mitte, breit Hobis 4⁵⁰
- Untertailien moderne Jumperform, mit breiter Spitzenverzierung 1⁶⁵
- Untertailien mit verschiedenen reichen Garnierungen 2⁵⁰

Morgenröcke u. Korsette

- Morgenröcke aus farbigen Crepe, mit Schalkragen und Aermelausschlag 5⁹⁰
- Morgenröcke aus Musselin, moderne Form, mit Subkragen 8⁷⁵
- Morgenröcke aus Musselin, moderne weite Form, mit Subkragen 9⁵⁰
- Morgenröcke aus Feinlaken, in sparten Must., teiche Kinnocorn 13⁵⁰
- Hüfthalter aus hellfarbigem Dreil., mit Gummi, 1 Paar Halter 1⁹⁵
- Hüfthalter aus weissem Satin, lange Form, zum Knöpfen, 2 Paar Halter 2⁹⁵
- Hüfthalter aus gebühten Stoffen, geistreiche Form, 1 Paar Halter 3⁷⁵
- Korset aus hellfarbigem Dreil., moderne Form, 1 Paar Halter 4⁵⁰
- Büstenhalter aus gutem Renforce... 95 Pl. 1²⁵ 1⁹⁵

Trikotagen

- Damen-Schlüpfer Baumwolle, 95 Pl. weiss und farbige
- Damen-Hemd hose Baumwolle, 1⁹⁵ weiss, fein gewirkt
- Damen-Schlüpfer Kunstseide, 4⁹⁰ farbig, alle Größen
- Herrn-Hemden u. -Hosen 2⁴⁵ makofarbig, alle Größen
- Herrn-Garnituren Baumwolle, alle Größen 4⁵⁰

- Einsatzhemden 2⁹⁰ makofarb. gut gewirkt, alle Gr.
- 3⁷⁵

Damen-Strümpfe

- Damen-Strümpfe Saldengriff, 95 Pl. mit Doppelsohle, Hocherse und Naht
- Damen-Strümpfe Musselin, feinstmasch. Gew. Doppels. Hocherse u. Naht farbig u. schwarz 1²⁵
- Damen-Strümpfe Pa. Saldengriff, 1⁹⁵ in den neuesten Strassenfarben
- Damen-Strümpfe 1⁴⁵ 1⁹⁰ 2⁹⁰ 3⁹⁰ Kunstseide, in mod. Farben
- Damen-Strümpfe Tramsseide... 4⁹⁵

- Große Auswahl in Kinder-Wadenstrümpfen

Taschentücher

- Damen-Taschentücher mit gestickten Buchstaben... 3⁵⁰ 1/2 Dutzend
- Kinder-Taschentücher mit gestickten Buchstaben... 1⁷⁵ 1/2 Dutzend
- Gartentischdecken 110x125 3⁷⁵ 125x150 4⁰⁵
- Dekorstoff Indantren-tarnig... Meter 3⁵⁰
- Kunstlederdruckdecken Handdruck auf Holz, ein. Met. r 8⁰⁵

Herrn-Artikel

- Stehumlegekragen 4fachen Fabrikat 95 Pl.
- Sporthemd Perkal, mit Kragen... 4⁹⁰
- Oberhemd in Makonepfl., geblühter Brust, 1 stück u. 1 wov. Krag 11⁵⁰
- Selbstbinder reine Seide... 2⁵⁰
- Sportkragen weiss Rippe... 30 Pl.
- Herrn-Hüte in modern. Geschmack 4⁹⁰

Weisswaren

- Kleiderweste aus Opal, mit Schalkragen, Hobleum und Knöpfen 1⁷⁵
- Kleiderweste moderne Form, mit Filzbesatz und Knöpfen 2¹³
- Blusenkragen Valeno-Spitz, zerr. 95 Pl. ca. 8 cm breit, in allen modern. Farben, Meter 1⁹⁰
- Schalkragen aus Opal, mit Spitze 75 Pl.
- Schalkragen aus Filze... 1¹⁰
- Kleiderweste aus Filze, mit Knöpfen 95 Pl.
- Kleiderweste aus Opal, mit Valeno-Spitze u. Ba. garn. 95 Pl.

Damen-Blusen

- Vollebluse mit farbigen Blenden und Knöpfen 2⁹⁰
- Hemdbluse aus sehr gutem Panama, mit Tischboden, gut verarbeitet 4⁵⁰
- Kasak aus gutem Vollwolle, mit Blenden und farbiger Garnierung, gut angefertigt 5⁵⁰
- Hemdbluse aus gutem Opal, mit Falten, in echter Verarbeitung 6⁵⁰
- Jumper aus gutem Vollwolle, mit Schoben, Handhochsaum und langen Aermeln 7⁷⁵
- Jumper aus gutem Vollwolle, mit Seide und Handhochsaum reich garniert 10⁵⁰
- Jumper aus gutem Vollwolle, mit Handhochsaum, in sehr eleganter Ausführung 13⁵⁰
- Unterrock aus gutem, gestreiftem Stoff 2¹⁵
- Unterrock aus gutem Satin, mit buntem Filzevolant, in vielen Farben 4⁵⁰
- Unterkleid aus kunstseidenerm Trikot, in großer Farbenanzwahl 4⁷⁵

Damen-Kleider

- Jackenkleider aparte 19⁷⁵ 29⁵⁰ 39⁵⁰ Amf.
- Frühl.-Kleider Woll-Setts 9⁷⁵ 12⁷⁵ 19⁷⁵ Macharten
- Ripskleider Woll-Setts 25⁵⁰ 29⁵⁰ 37⁵⁰ Isch
- Kleiderröcke modern, in 2⁹⁰ 4⁷⁵ 6⁹⁰ allen Formen

Frühjahrs-Mäntel in Qualitäten 9⁷⁵ 19⁷⁵ 29⁵⁰

HERMANN TIETZ

Oster-Angebot!

Vergleichen Sie Preise und Artikel, Sie müssen feststellen, daß wir an Leistung kaum noch zu übertreffen sind.

Braune Modespangen
prima Boxcalf, französ. Absatz, mit durchbroch. Spangen, der Modeschuh zum Frühjahr . . . M.

12⁵⁰

Lack - Spangen
französ. Absatz, 1 und 2 Spangen durchbrochen, spitze Form, beliebtes elegantes Modell nur M.

10⁹⁰

Braune Halbschuhe
für Herren, prima Rindbox, spitze Form, gute Verarbeitung, sehr preiswert . . . M.

10⁹⁰

Einsatz-Halbschuhe
für Herren, in Boxcalf mit farbigen Nubuk- und Boxcalf-Einsätzen, braun 16.50, schwarz M.

14⁹⁰

Kinder-Lackspangen

bewährtes Fabrikat, vorzügliche Verarbeitung
31/34 9.50, 27/30 8.50, 25/26 **6⁹⁰**



DER SCHUHHOF

BERLIN W9, LINK STR. 11 + CHARLOTTENBURG, WILMERSDORFER STR. 117 + SPANDAU, BREITE STR. 22

UND WENN EINMAL DAS GELD NICHT REICHT
KAUFT MAN BELFEDER FEDERLEICHT

KONFEKTION

FÜR DAMEN, HERREN
UND KINDER

Spitzzahlung

feder

**KLEINE ANZAHLUNG
BEQUEME RATENZAHLUNG
NIEDRIGE PREISE**

BRUNNENSTR. 1.
KOTTBUSER DAMM 103, FRANKFURTER ALLEE 350
CHARLOTTBG., SCHARRENSTR. 5.

Kaiser's Fest-Kaffee

zu 3,60, 4,00, 4,40, 4,80 das Pfund.



Zum Osterfest reichste Auswahl in
Kakao / Schokoladen / Pralinen
Keks und Biscuits
In bester Qualität billigst aus eigenen Fabriken



Kaiser's Kaffee-Geschäft

Filialen in allen Stadtteilen Groß-Berlins

Taylor, Ford — und die Arbeiterschaft.

Von Dr. Rudolf Hämmel.

Frederik Taylor (geboren 1856) starb vor 10 Jahren in Phila- delphia. Dieses Jahrzehnt sah einen unerhörten Siegeszug seines Systems durch Amerika, Westeuropa und Rußland. Taylor studierte sowohl die Bewegungen eines einzelnen Arbeiters, der an einer vor- gelegten Aufgabe schafft, als auch das Aufeinanderfolgen und Inein- andergreifen der einzelnen Vorgänge bei der Herstellung von Waren innerhalb einer Fabrik. Er überwand in zäher Arbeit das Vorurteil, daß der Handwerker, der oft nach tausendjährigen Methoden seine Arbeiten ausführt, schon in seiner Lehrzeit die bestmöglichen Hand- griffe und Bewegungen dafür gelernt habe. Er stellte die Grund- sätze einer „wissenschaftlichen Betriebsführung“ (wie er es nannte), auf und erzielte in der Tat mit seinen Vorschlägen, die zuerst in Pennsylvanien durchdrangen, unerhörte Erfolge. In der Tat kann heute niemand daran zweifeln, daß durch richtiges Anlernen der Ar- beiter, Werkführer und Techniker einer Fabrik, nach wölburch- dachten wissenschaftlichen Gesichtspunkten, die Produktion erheblich — aufs Doppelte, aufs Zweifache — gesteigert werden kann, ohne daß dabei für die Fabrikation andere als die bis dahin gebräuch- lichen Maschinen zur Verwendung gelangen würden.

Was nun die Abfäzungen und Vereinfachungen bei den Bewe- gungen und Handgriffen anbelangt, so kommen für den Arbeiter zweifel- los Umstellungen in Betracht. Entweder erfordert die neue Bewegung, der neue Vorgang, weniger Arbeit, oder aber er erfor- dert mehr Anstrengung als bisher. Dabei ist wesentlich zu beachten, daß die erhöhte Konzentration, die vom Arbeiter verlangt wird, als Wehrarbeit, nämlich als geistige Arbeit gebucht werden muß. Dies wird von den meisten Kritikern übersehen. Auch dann, wenn die Arbeit ganz monoton ist, „öde“, wie der Arbeiter sagt, ist die genaue Einhaltung der Vorschriften mit geistiger Anstrengung verbunden. Nach ein anderer Punkt ist sehr wichtig und wenig erlaubt und bekannt: Das ist der dem menschlichen Körper innewohnende Trieb nach „rhythmischer“, taktmäßiger Arbeit. Je mehr die taylorisierte Form von einem gewissen naturnotwendigen Rhythmus abweicht, desto anstrengender wird sie für den Arbeiter. Das kann so weit gehen, daß die Taylorisierung nicht mehr produktiv wird. Dann helfen auch äußerliche Gewaltmittel zur Herbeiführung eines Rhyth- mus, wie z. B. Ruhest im Arbeitspaß, nicht mehr. Aber dies sind natürlich Ausnahmen. Im allgemeinen lassen sich für alle Arbeiten, die „gelernten“ (handwerksmäßigen) wie die ungelernen, taktmäßig Wege angeben, womit die gleiche Arbeit ohne körperliche Weh- anstrengung und ohne starke Laststörungen in kürzerer Zeit erreicht wird. Doch scheint es, daß auf alle Fälle eine wirklich systematisch durchgeführte Taylorisierung mit einer zur körperlichen Arbeit hin- zukommenden geistigen Leistung des Arbeitnehmers verbunden ist. Sonst wird bis zu einem gewissen Grad die erzielte, oft sehr gewalt- ige Mehrproduktion auf einer meist nicht beachteten Mehrleistung des Arbeiters beruhen.

Henry Ford (geb. 1863 in Greenfield, Mich.) hat als erster ver- standen, aus der solchermäßen gesteigerten Produktion unermeßliche Gewinne für sich herauszuschlagen. Die Welt unterliegt, durch Fords inter- essantes selbstbiographisches Buch unterstützt und suggestiv ver- führt, der Meinung, Ford sei ein Genie. Das ist ein Irrtum. Ford hat auf Kosten der anderen den Taylorismus eingeführt und zu einer unerhörten Vervollständigung geschraubt. Hätten alle Automobilfabriken der Welt zugleich das System des Taylor entgegengesetzt und stinngemäß weitergebildet, so wäre Ford kein Milliardär geworden, und er wäre heute dem Mann aus dem Volke, der sich von äußeren Erfolgen so leicht blenden läßt, kein „Großer der Erde“. Dies aber, daß jemand zuerst einen guten Gedanken aufgreift, weiterführt und ihm zum Siege verhilft, ist zwar anerkennenswert, bedingt aber keine Gemaltät. Die geistige Höhe Fords erhellt sich aus seinem Buche „Der internationale Jude“, das in der sonst doch recht düsteren Schweiz vom Bahnhofsbuchhandel ausgeschlossen wurde.

Wie steht der Arbeiter zu Taylor und Ford? Wir dürfen nicht in den Fehler verfallen, den die wenig gebildeten und einseitigen Menschen vor 100 Jahren gegenüber der „Menschmaschine“ zeigten: damals wurden Dampfmaschinen, Webstühle, Fabriken usw. von den empör- ten Arbeitern, Heimarbeitern, Zunftbrüdern usw. zerstört. Man sah in der Maschine den Feind und hoffte ihn durch Gewalt zu be- seitigen. So sah vielfach die Arbeiterschaft noch vor wenigen Jahren den Taylorismus als ihren Feind an. Bezeichnend dafür ist die Stellung der Kommunisten. Noch 1921 hoben sie das Tayloristischem offiziell bekämpft. Aber heute sehen wir einen völligen Umschwung, der schon 1922 begann, durchgeführt: Rußland hat seinen eigenen Weg durchlaufen und ist zum Tayloristischem russischer Prägung ge- kommen. Unter der Leitung des Ingenieurs Gostew hat sich in

Perpetuum mobile.



Hoch der Held aus Stinnesland,
Denn er frißt uns aus der Hand.



Leider wirkt er etwas power,
Daher eilt man nach Hannover.



Von Verrechnung tief durchschauert —
Doch die Exzellenz bedauert.



Und so kehrt man still zurück
Zu dem kleinen Jarres-Büßl.

Bis man es zu schäbig find't / Und der Film von vorn beginnt.

Moskau die sogenannte „Schule Gostew“ gebildet. Diese wissenschaft- lich arbeitende Gruppe betreibt in Moskau ein Lehrinstitut und geht überdies „an induzierten Aktion“ in Fabriken, wo sie mit großem Erfolg rationale Arbeitsweisen durch systematischen Unterricht, durch „Umschulung“ der Arbeiter und Angestellten, durch Modernisierung der Methoden der Herstellungsweise, erreicht. Die Schule Gostew erfreut sich eines großen Ansehens.

Die zunehmende Taylorisierung der amerikanischen Fabrika- tionszweige, typisch dargestellt durch die bekannte „Bandarbeit“ in den Fordschen Werkstätten, zwingt Europa zur Annahme der neuen Methoden. Es heißt: entweder stellt sich der alte Kontinent auf die neuen Methoden ein, oder die amerikanische Industrie erobert Stück für Stück, Land für Land die gesamte Weltproduktion. Man kann also gar nicht mehr sagen: Europa hat die Wahl, dies oder jenes zu tun. Sondern es heißt klipp und klar: Europa muß die neuen Methoden annehmen. Damit bricht ein neuer Abschnitt in der

Geschichte des Kapitalismus an, ein Abschnitt von ebenso großer Bedeutung und umwälzender Kraft wie vor hundert Jahren die Ein- führung der Maschine war.

Wenn also der nüchtern denkende Arbeiter von 1925 sich zur Annahme der neuen Methoden bekennen muß, so folgt aber daraus keineswegs, daß der Gewinn aus der vermehrten Produktion nur einzig dem Kapitalisten, dem Fabrikanten (in Rußland: dem Staat) zutommen müsse. Es entsteht vielmehr hieraus eine neue soziale Begründung für eine alte Forderung der Arbeiterschaft: der Gewinn muß mindestens zur Hälfte den Arbeitern zugute kommen, und zwar als Verkürzung der Arbeitszeit oder als gleichwertige Lohnerhöhung. Wird also durch die Taylorisierung einer Fabrik erreicht, daß die Produktion um 40 Proz. steigt, so ist es recht und billig, daß der Arbeiter eine Lohnerhöhung von wenigstens 20 Proz. erhalte, oder eine Arbeitszeitverkürzung von 20 Proz., oder schließ- lich eine Besserstellung nach beiden Richtungen um je 10 Proz.

Auf der Schwelle des Lebens.

Von Eugen Ishirikow.

(Autorisierte Uebersetzung von Adele Sampaert.)

Rein gewaschen, frisch und sauber, im neuen Anzug, mit glatt gekämmten Köpfchen, so still und ernst trat Wanja schüchtern in den Saal.

Mama liegt auf dem Tisch. Neben ihrem Kopf brennen goldene Kerzen in hohen Leuchtern. Die Hände sind auf der Brust gefaltet. Eine Nonne steht hinter einem hohen Tischchen und liest Mama etwas vor. Tante bleibt hinten stehen, und Wanja tritt näher heran.

Liebes Mutterchen . . . küßte er, sich auf die Fußspitzen erhebend.

Guten Morgen!

Er kann Mamas Gesicht nicht erreichen. Wanja blickt sich nach Tante um. Sie kam, hob ihn auf, und er küßte Mama auf die Stirn. . . Die Stirn ist kalt. . . Mamas Augen sind nicht ganz geschlossen: ein klein Rißchen sind sie unter den gesenkten Wimpern zu sehen. . . Was ob Mama langsam treibt, spielt, hält die Augen geschlossen, und will doch etwas abgucken.

Wanja macht die Runde um Mama. Stund ihr ein Weischen zu Füßen. Und sein Gesichtchen war ernst, so ernst, wie bei einem Erwachsenen.

„Nun komm' Tee trinken!“ — sagte er, sich nach Mama um- sehend, und nickte mit dem Kopf.

Er trank Tee mit Brötchen und Milch — und der Tee schmeckte gut, wie immer. Er dachte an Mama, und ihr Lob war ihm nicht mehr so erschrecklich wie vorher, erschreckte ihn nicht mehr. Sie liegt im Saal, als ob sie schläft. . . Gleich trinkt er seinen süßen Tee aus und geht wieder zu ihr. Früher hat sie immer gelächelt, jetzt aber tut ihr gar nichts mehr weh, es ist ihr alles gleich. . .

Und solange Mama im Saal lag, zuerst einfach auf dem Tisch und dann in silbernen Sarg. — war Wanja ruhig. Mama ist hier. . . Nachts lauhte er dem eintönigen Lesen der Nonne und dachte, Mama braucht sich nicht vor dem Regen im Saal zu fürchten, denn sie ist nicht allein. . . Sie soll schlafen, und morgen

kommt er wieder zu ihr. . . Von Mama sprangen seine Gedanken auf Wjtscha über: sie werden sich bald wiedersehen, dort im Paradies. . . Sie werden sich nicht langweilen. . . Wjtscha wird sich freuen, sehr freuen. Im Paradies ist es schön, sehr schön, aber besser, wenn man mit der Mama dort ist. . .

Mama wollte wohl selbst bald sterben, denn sie sagte einmal: Ich will keinen Arzt. . . lieber bald sterben. . . Wanja hatte es gehört, als Tante zum erstenmal nach dem Arzt schickte.

Wenn Wjtscha zu Hause wäre — würde Mama nicht krank sein und hätte nicht bald sterben wollen. . . Natürlich wollte sie, sie weinte oft um Wjtscha. Sie sehnte sich sehr nach ihm. . .

Mama wird dort Wjtscha sehen, er aber sieht weder Wjtscha noch Mama wieder. . . Nur noch im Paradies! . . . Und wann wird es sein? Noch nicht so bald.

Und wieder kamen Wanjass Gedanken auf diejenigen zurück, die Wjtscha fortgebracht hatten. . . Sie sind an allem schuld. Sie haben Wjtscha geholt, und er ist gestorben. . . haben dem armen Mutterchen Kummer gemacht und sie ist auch krank geworden und gestorben. . .

Gebt Gott, daß ihr selber bald sterbet! — flüsterte Wanja, und wieder funkelte in seinen kleinen Augen ein großer Haß.

„Ach, ihr Verfluchten! Wenn ich erst groß bin, dann. . . — dachte Wanja, neben der Mama stehend, und tröstete sie in Gedanken:

„Weine nicht! Im Paradies sehen wir uns wieder! . . .“

VIII.

Abendlich, wenn Wanja vor dem Schloßgehen zur Mama kam, um ihr „Gute Nacht“ zu sagen, und dabei aufmerksam ihr Gesicht betrachtete, schien es ihm, daß Mama — lebt: die herunter- gebrauchten Kerzen, mit den beweglichen gelben Flammenzungen, warfen auf das Gesicht der Einschlafenen zitternde Schatten, und es schien daher, daß Mutterchen die Lippen bewegt, und weinen will. . .

Gute Nacht, Mutterchen! . . . Ich komme morgen wieder. . . Und du bete! — flüsterte Tante Sosscha, zum Wanja hinüber- gehend. Wanja erhob nicht den Kopf, bekreuzte sich viel, viel mal und flüsterte dabei unhörbar mit den Lippen. Was betete er?

Jesus Christus! Gib, daß bei ihnen bei allen auch ihre Mamas und Papas sterben. . . Und daß man sie auch Wölfen nennt, wie die Köchin jetzt zu Wanja sagt. . .

Am Morgen des Beerdigungstages, als Wanja, wie immer, kam, um der Mutter „Guten Morgen“ zu sagen — lag zu ihren Füßen ein großer Kranz, ein schöner Kranz, aus Palmenzweigen, umwunden mit einem roten Band. Vielleicht hat ihn ein Engel, den Jesus Christus geschickt hat, vom Himmel gebracht?

Wer hat es der Mama? . . . Du?

Was ist, Liebbling?

Der Kranz, wer hat ihn hingeliegt?

Die Studenten, Wjtschas Freunde. . .

Haben sie denn unser Mutterchen lieb?

Ja, lieb.

Die Studenten? . . .

Ein diesem Morgen stand auf der Straße neben der Haus- tür ein Trauerwagen, ganz schwarz, mit silbernen Kreuzen und Quasten, und die Pferde auch schwarz, wie Spielzeugpferdchen: und die Ohren stehen gerade heraus! Und die Kutscher — auch schwarz. . . Und sehr viel Schupfleute. Was wollen sie? Wieder sind sie da! . . . Ein großer mit schwarzem Schnurrbart, kam ins Zimmer und strich lange mit Tante Sosscha. Zuerst zankten sie leise, und nachher fing Tante an, von Mamas Kranz das rote Band abzunehmen. Weint und nimmst es doch ab.

Tante, du sollst es nicht abnehmen! . . . Es wird nicht hüßlich sein! . . .

Sie erlauben nicht, Liebbling. . .

Was geht's sie an? Tu's nicht!

Ich darf nicht, Liebbling. . .

Wanja verstand, daß es dieser, mit dem schwarzen Schnurrbart, nicht erlauben will. . . „Verfluchter“ — flüsterte Wanja, er hatte Lust, diesen da, mit dem schwarzen Schnurrbart, recht, recht weh zu tun. . . Was soll er mit ihm machen? Wäre Wanja groß und stark, würde er auf den Verfluchten losgehen, ihm den Sattel abnehmen, den Kopf abhauen und das schöne Band der Mama zurück- geben. . . Aber er ist klein, wird nicht mit ihm fertig. . .

Wart' nur, Jesus Christus wird dir schon zeigen, daß du der Mama nichts antun darfst! . . .

(Schluß folgt.)

